

Inhaltsverzeichnis

Semestereröffnung
Seite 2

Vorträge
ab Seite 3

Magisterabschlüsse
Seite 6

Neuer Rektor
Seite 7

Neuer Senat
Seite 8

Interview
Seite 9

Tag der offenen Tür
Seite 10

Studium
ab Seite 11

Internationale Beziehungen
ab Seite 18

Fortbildung
ab Seite 23

Forschungsinstitut (FÖV)
ab Seite 27

Liebe Leserinnen und Leser,

erneut ist es soweit. Der *SpeyerBrief Nr. 21* liegt vor und berichtet über Aktivitäten und Ereignisse an der Hochschule, diesmal für das Sommersemester 2001. Wie Sie feststellen werden, hat sich in den zurückliegenden Monaten wieder einiges getan.

Hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes der Hochschule hervorzuheben ist der Abschluss der Generalsanierung, der mit einem „Tag der offenen Tür“ gefeiert werden konnte. Wir sind zuversichtlich, dass die noch anstehende Generalsanierung des alten Wohnheims, die für unsere Hörerinnen und Hörer einige leider unvermeidbare Erschwernisse mit sich bringen wird, ebenso schnell und gut ablaufen wird, wie die des Lehrgebäudes (Berichte auf den Seiten 10 und 21).

Die Highlights des Studiums im vergangenen Semester finden Sie auf den Seiten 11 bis 13. Seitens der Hörerschaft hervorzuheben ist hier - neben dem außergewöhnlich guten Abschneiden des Aufbaustudienjahrgangs (Seite 6) - die Organisation des Semesterabschlussballs, der diesmal unter dem Motto „Eine Nacht in Venedig“ stand. Die hausinterne Jobmesse der Hochschule, zu der diesmal auch viele externe Arbeitssuchende eigens an die Speyerer Hochschule reisten, ist inzwischen zu einer fest etablierten Großveranstaltung geworden, auf der sich alle wichtigen Anbieter tummeln.

Ein Höhepunkt des Semesters war die Abschiedsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Carl Böhrer, der nach seinem Vortrag zum Thema „Politikfunktionen während der transindustriellen (R)evolution“ mit Standing Ovations in der Aula gefeiert wurde (Seite 3).

Einen weiteren Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe des *SpeyerBriefs* bilden die Senats- und Rektoratswahlen vom letzten Juli sowie der Wechsel im Amt des Rektors, das Univ.-Professor Dr. Hermann Hill nach zwei dienstvollen Jahren am 1. Oktober an mich weitergab.

Über die Fortbildungsveranstaltungen werden Sie ausführlich auf den Seiten 23 bis 25 informiert. Bericht über die zunehmenden Auslandskontakte der Hochschule wird auf den Seiten 18 bis 21 erstattet.

Ab Seite 27 finden Sie Informationen zu den neueren Entwicklungen am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer, an dem im vergangenen Semester zukunftsweisende Weichenstellungen erfolgt sind. Darüber hinaus werden Ihnen dort aktuelle Forschungsprojekte des FÖV vorgestellt.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen
Ihr

Univ.-Professor Dr. R. Fisch
Rektor der DHV Speyer

Menschen wollen nicht gegängelt werden, sie wollen teilhaben

Offizielle Semestereröffnung mit Vortrag des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling

Welche Anforderungen kommen in Zukunft auf Staat und Verwaltung zu und wie sollen diese darauf reagieren? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling in seinem Festvortrag, den er am 2. Mai 2001 bei der offiziellen Semestereröffnung in der Aula der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hielt. Im Interesse von mehr Handlungsfähigkeit jetzt und im Bewusstsein der Verantwortung für die kommenden Generationen verlangte er ein Umdenken in Politik und Verwaltung.

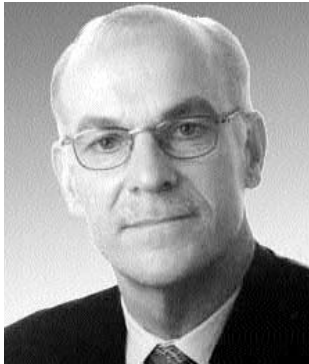
Der Abendvortrag des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling zum Thema „Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform – die nächsten Schritte“ stellte den Höhepunkt der Semestereröffnung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer dar. Vor etwa 300 hochrangigen Gästen sowie Angehörigen der Hochschule erläuterte Bartling seine Vorstellungen hinsichtlich der Zukunft von Politik und Verwaltung.

Das von ihm vorgestellte Konzept des „aktivierenden Staates“ steht für eine verstärkte Übertragung bisher staatlicher und kommunaler Aufgaben an die Gesellschaft. Das von der niedersächsischen Landesregierung forcierte Konzept geht davon aus, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Probleme da, wo es sinnvoll ist, engagiert selbst in die Hand nehmen, statt vom Staat Lösungen zu erwarten. Es stärkt das vorhandene Engagement, z.B. im ehrenamtlichen Bereich Aufgaben zu erledigen, die bisher allein dem Staat bzw. den Kommunen zugeordnet waren. „Die Menschen wollen nicht gegängelt werden, sie wollen teilhaben. Denn dies eröffnet ihnen auch die unmittelbare Einflussnahme darauf, welche Aufgaben und wie sie durchgeführt werden“, so Bartling.

Dazu sei es jedoch notwendig, die Schnittstelle zwischen den Aufgaben des Staates und denen von der Gesellschaft selber wahrzunehmenden neu zu bestimmen. Nur dies eröffne einen Ausweg aus einer Situation, in der die öffentlichen Haushalte die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben und die Zinslasten die politische und damit

gesellschaftliche Gestaltung zu erdrosseln drohten.

Als ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung schlug der Minister vor, „mit einer am Wettbewerbsprinzip orientierten Aufgabenkritik herauszufinden, welches die effizientesten, effektivsten und gerechtesten Lösungen“



Heiner Bartling
Foto: Niedersächsisches Innenministerium

sein, so Bartling. Erst dann könne sich der Staat auf seine Kernaufgaben in Polizei, Rechtsprechung, Steuerverwaltung und Bildung zurückziehen. Der Minister erläuterte, dass in anderen Bereichen der Staat zwar Leistungen garantieren, aber nicht unbedingt mit eigenem Personal selbst erbringen müsse. In vielen Bereichen reiche es, wenn der Staat durch entsprechende Gesetzgebung einen Ordnungsrahmen setze, der die Erbringung der Leistung – etwa die Müllabfuhr – durch Private oder den Staat gewährleisten lasse.

Letztendlich bedeutet dies den Abschied vom überkommenen Selbstverständnis der obrigkeitstaatlichen Verwaltung, die anordnet und durchführt.

Bartling forderte statt dessen die Schaffung einer Gewährleistungsverwaltung, die den Rahmen für privates Engagement abstecken solle. Eindringlich wies er in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Ehrenamtes hin.

Der Minister hob hervor, dass nach neuesten Befragungen hinsichtlich ehrenamtlichen Engagements kein Werteverlust zu verzeichnen sei, sondern ein

Wertewandel. „In den vergangenen Jahren sind zu den traditionellen Formen der ehrenamtlichen Arbeit neue Formen hinzugekommen.“ Insbesondere habe das politische Interesse an bürgerschaftlichem Engagement deutlich zugenommen. Dies zeige, dass die Ziele einer bürgerorientierten Kommune oder Zivilgesellschaft substanziell in den Wertevorstellungen der Bürgerinnen und Bürger verankert sei. Insgesamt sei der moderne Bürger dadurch „schwieriger,“ aber nicht gleichgültiger geworden.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging der Minister auf die im Mittelpunkt der Verwaltungsreform stehende, kontinuierliche Binnenmodernisierung der Behörden ein. Bartling stellte einen ganzen Katalog von Maßnahmen vor, die in Niedersachsen in diesem Zusammenhang bereits angelaufen seien, um weitere Rationalisierungen, mehr Bürgerfreundlichkeit und qualitativ bessere Verwaltungsleistungen zu erreichen.

Besonders wichtig sei die Einbindung aller Verwaltungsbeschäftigten in den Reformprozess etwa durch Mitarbeiterbefragungen oder durch ein aktives Gesundheitsmanagement zur Reduzierung von Fehlzeiten. „Es geht uns dabei nicht allein um die Frage, fühlen sich unsere Beschäftigten in ihren Behörden wohl, kommen sie mit ihren Vorgesetzten klar und sind ihre Arbeitsbedingungen gut genug. Wir wollen vielmehr gezielt Hinweise bekommen, wo Veränderungen erforderlich sind und wollen uns selber unter Umsetzungsdruck setzen“, führte Bartling aus.

Der Minister hob auch die Bedeutung eines aktiven Regionalmanagements hervor: Die Stärkung der Bezirksregierungen erlaube neue Schwerpunktsetzungen in Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur und Kultur. Schließlich zeigte Bartling auf, wie im Internet auch die Einführung von elektronisch abgestützten E-Government-Systemen für Verwaltungen mehr Qualität und Bürgernähe bringen können.

Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 62 erschienen und ist im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.

Politikfunktionen während der transindustriellen (R)evolution Abschiedsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret

Ministerialrat Dr. Hans-Wolfram Wilde und Honorarprofessor Gerhard Banner geehrt

Schier nicht enden wollenden Beifall gab es für die Abschiedsvorlesung und das Lebenswerk von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret am Abend des 27. Juni 2001 in der Aula der Hochschule. Nach 26 Jahren Lehrtätigkeit

werden konnte.

In der voll besetzten Aula ging Hill auch auf die besondere Beliebtheit ein, die der äußerst renommierte Politikwissenschaftler bei der Hörerschaft genießt. „Er ist in der Lage, komplexe Din-

für den die Welt noch längst nicht erklärt ist, die Zeit für weit über 200 wissenschaftliche Veröffentlichungen. Darüber hinaus zählt er zu den Mitbegründern der eng mit der Stadt Speyer verbundenen Johann-Joachim-Becher-Gesellschaft.

In seinem mit vielen ironischen Spitzen garnierten Abschiedsvortrag zu ‚Politikfunktionen während der transindustriellen (R)evolution‘ spannte Böhret den Bogen von Francis Bacons „Nova Atlantis“ bis zur Gen-Technologie und schloss mit der Forderung, dass nicht das Sein die Politik bestimmen dürfe, sondern nur das Werden.

Am gleichen Abend zeichnete Hill den Kieler Ministerialrat Dr. Hans-Wolfram Wilde mit der Hochschulmedaille aus. Seit 15 Jahren ist Wilde der Hochschule als Übungsleiter, Mitglied im Verwaltungsrat und engagierter Mitarbeiter

im Führungskolleg Speyer verbunden. In seiner Erwiderung auf die Ansprache Hills verglich Wilde die DHV Speyer dank der von ihr ausgehenden Denkanstöße und Orientierungshilfen mit einem weithin sichtbaren Leuchtturm in der universitären Landschaft.

Anschließend wurde der seit mehr als 20 Jahren an der Hochschule tätige Honorarprofessor Gerhard Banner feierlich aus seiner aktiven Lehrtätigkeit verabschiedet. Sein Steuerungsmodell für Verwaltungen gilt als bahnbrechend.

Im Rahmen der feierlichen Abendveranstaltung überreichte Rektor Hill Wolfram Mörsch die Doktor-Urkunde für seine Dissertation zu „Leistungsfähigkeit und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips“.

Honorarprofessor Banner, Univ.-Professor Dr. Böhret, Rektor Hill und Ministerialrat Dr. Wilde
Foto: Lenz

an der Speyerer Hochschule emirierte der Politologe, der als ihr Aushängeschild gilt, zum Ende des Sommersemesters 2001 und zeigte sich „ob der vielen Vorhänge“ für seine Abschiedsvorlesung sichtlich bewegt.

Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, Rektor der Hochschule, ging in seiner Laudatio auf die großen Verdienste ein, die sich der 68-jährige um die Hochschule und das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung erworben hat. Obwohl er eigentlich nie Politiker werden wollte, sah sich Böhret in der Zeit der deutschen Wiedervereinigung als Rektor und Prorektor gezwungen, als geschickter Außenpolitiker der Hochschule zu wirken. Damals wollten die „Nordstaaten“, eine eigene Ausbildungsstätte für Angehörige der öffentlichen Verwaltung aufzubauen. Mit seinem diplomatischen Geschick hatte Böhret großen Anteil daran, dass der Fortbestand der Hochschule in dieser schwierigen Umbruchphase gesichert

ge lebhaft, spannend und unterhaltend vorzutragen und durch seine Arbeit und Präsentation zu faszinieren. Dabei ist sein Name mit so vielen Themen verbunden, dass eine kurze Zusammenfassung oder Würdigung schwer fällt“, so der Rektor.

Böhret, der seit 1975 den Speyerer Lehrstuhl für Politikwissenschaft inne hatte, leitete als erster den Begriff von den „schleichenden Katastrophen“ aus der naturwissenschaftlichen Chaostheorie ab und gilt als Vater der Gesetzesfolgenabschätzung, des bahnbrechenden „Elchtests für Gesetze“. Dies gab dem Rektor ein weiteres Stichwort: Die Hochschule, deren Flagge sich witterungsbedingt an diesem Abend symbolträchtig auf Halbmast verfangen hatte, könne sich ab jetzt selbst als Objekt der Folgenforschung verstehen und untersuchen, was passiert, wenn Böhret nicht mehr dabei ist.

Neben seiner erfolgreichen Tätigkeit in zahlreichen Expertenkommissionen fand der gebürtige Bad Friedrichshaller,

Die Abschiedsvorlesung von Carl Böhret ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 63 erschienen und ist im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM zu beziehen.

Hochschulplanung heute

Abendveranstaltung mit Vortrag von Dorothee Dzwonnek, Ehrung für Prof. Dr. Petzold und Verabschiedung von Honorarprofessor Dr. Bickel

„Ist Hochschulplanung noch zeitgemäß?“ Dieser Frage ging am 17. Juli 2001 Dorothee Dzwonnek, Abteilungsleiterin im nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung, anlässlich der letzten Abendveranstaltung der Hochschule im Sommersemester 2001 nach.

Die Übertragbarkeit von Ideen und Mechanismen des New Public Managements auf den universitären Sektor stellte den Kernpunkt ihrer Ausführungen dar. Die ehemalige Kanzlerin der Universität Dortmund ist eine ausgewiesene Expertin nicht nur für Fragen der Hochschulpolitik, sondern auch für die tägliche Praxis modernen Hochschulmanagements.

Vor etwa 100 Gästen warf Dzwonnek einen Blick auf das deutsche Hochschulsystem zwischen akademischer Freiheit, wirtschaftlichem Nutzen und politischen Erwartungen.

Derzeit befinden sich die Hochschulen in Europa im Umbruch. Mit einer neuen Management-Philosophie, unter Einbeziehung von Marktmechanismen und privatwirtschaftlichen Managementinstrumenten sollen sie effizienter und effektiver werden. Die heute noch übliche detaillierte politische Steuerung über Ressourcen soll durch eine Steuerung über Leistungen und Wirkungen ersetzt werden.

Dzwonnek warb in diesem Zusammenhang besonders für ein partnerschaftliches Verhältnis von Hochschulen und ihren Verhandlungspartnern in den Ministerien. Gerade hier müssten viele alte Fronten aufgebrochen werden. Aber nur so könnten im Wege von Zielvereinbarungen die Rahmenbedingungen der künftigen Entwicklungen ver-

bindlich festgelegt werden.

Anschließend ging Dzwonnek auf die Akzeptanz der neuen Steuer-

land-pfälzische Justizminister und Präsident des Verfassungsgerichtshofes und Oberverwaltungsgerichts

Prof. Dr. Petzold, Dorothee Dzwonnek, Rektor Hill, Honorarprofessor Dr. Bickel, Dr. Kolić (v.l.)
Foto: Lenz

Instrumente durch die Hochschulen ein und erläuterte deren Nutzen hinsichtlich des staatlichen Bildungsauftrags und der gesellschaftlichen Verantwortung des deutschen Hochschulsystems.

Im Rahmen der Abendveranstaltung wurde der ehemalige Kanzler des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Professor Dr. Herbert Petzold, für seine langjährige erfolgreiche Lehrtätigkeit auf dem Gebiet des Europäischen Grundrechtsschutzes mit der Hochschulmedaille ausgezeichnet: Seit 1981 sind seine Lehrveranstaltungen an der Hochschule wichtige Bestandteile des Speyerer Ergänzungsstudiums und der Fortbildung.

Anschließend wurde Honorarprofessor Dr. Heribert Bickel feierlich aus seiner beinahe 60 Semester währenden aktiven Lehrtätigkeit verabschiedet. Der ehemalige rhein-

Rheinland-Pfalz konnte wesentlich zur Profilbildung der DHV beitragen.

Die Doktorurkunde erhielt Frédéric Kolić aus Guinea für seine Dissertation mit dem Thema „Personalentwicklung im effizienten Staat. Führungskräfteauswahl und -verwendung für den öffentlichen Dienst in Guinea auf der Grundlage der Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland“.

Der Abendvortrag von Dorothee Dzwonnek ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 64 erschienen und kann im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gegen einen Kostenbeitrag von 10,- DM bezogen werden.

Der Beweis für das Können ist das Tun

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit zum Thema Arbeitslosigkeit und Fachkräftebedarf

„Zwischen Arbeitslosigkeit und Fachkräftebedarf - Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik“, diesen Problemkreis beleuchtete am 23. Juli 2001 der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, in einem Vortrag an der DHV Speyer. Dabei ging er besonders der Frage nach, ob das Wirtschaftswachstum vielleicht an der Beschäftigung vorbeigehe.

Bereits seit vielen Semestern führt Jagoda regelmäßig an der Hochschule gemeinsam mit dem Referatsleiter Controlling, Führungsinformation und Sonderaufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Klaus Schubert, das Kolloquium „Arbeitsmarkt- und Arbeitsmarktpolitik“ durch. Für die Hörerinnen und Hörer stellt dies eine einzigartige Gelegenheit dar, die persönliche Sichtweise Jagodas auf Probleme des Arbeitsmarktes kennen zu lernen. So waren sie denn auch zahlreich zusammen mit auswärtigen Gästen erschienen, um sich über die Zukunft der Arbeit zu informieren.

Jagoda erläuterte zunächst einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel: Stellte sich vor einigen Jahren noch die Frage „Geht uns die Arbeit aus?“, so bestimmen heute Begriffe wie „Arbeitskräftemangel“ oder „Facharbeitermangel“ immer mehr die Diskussion, und das bei immer noch sehr hoher Arbeitslosigkeit. Jagoda trat der These von der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung entgegen. Er zeigte auf, dass 1992 in Westdeutschland - bei 2 Mio. Arbeitslosen - über 4 Mio. Erwerbstätige mehr als im letzten sogenannten „Vollbeschäftigungsjahr“ 1973 tätig waren. Die seit 1992 erfolgten Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt übertrafen zwar frühere Arbeitsplatzverluste, es handele sich dabei aber nichtsdestoweniger um konjunkturelle Schwankungen und Verzöge-

rungen, denen seit 1998 wieder ein Arbeitsplatzaufbau folgt.

Jagoda leitete von diesen Daten ab, dass das Wirtschaftswachstum auch



Bernhard Jagoda
Foto: Bundesanstalt für Arbeit

heute noch unmittelbar die Arbeitskräftenachfrage beeinflusst. Bei einer Beurteilung der deutschen Arbeitsmarktentwicklung muss berücksichtigt werden, dass in den alten Ländern das Erwerbspersonenpotenzial von 1972 bis 2000 um ca. 8 bis 9 Mio. gestiegen ist. „Das Wirtschaftswachstum war in Deutschland aber nicht hoch genug, um diesen Zuwachs kompensieren zu können und Arbeitsplätze für alle Erwerbswilligen zu schaffen“, so der Präsident der Bundesanstalt.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging Jagoda auf mögliche Wege zu mehr Beschäftigung ein. Die Ausgangslage ist hierfür gut. Derzeit herrsche - entgegen dem allgemeinen Eindruck - keine Rezession, sondern nur ein abgeschwächtes Wachstum. Deutschland liege innerhalb der OECD-Länder auf Platz 1, was die berufliche Qualifikation seiner Erwerbsbevölkerung angeht. Es muss daher die zukünftigen Umbrü-

che auf dem Arbeitsmarkt wie das Verschwinden der Jobs für ungelernete Arbeitskräfte weniger fürchten als andere Länder. Dennoch muss auch weiterhin viel in Aus- und Weiterbildung in allen Segmenten der Berufsausbildung und des Arbeitsmarktes investiert werden: Jedes Jahr gibt es 85.000 Schulabgänger ohne Abschluss, gleichzeitig ist die Quote der Hochschulabsolventen in Deutschland im Vergleich zu seinen Nachbarländern rückläufig.

Dabei reiche aber die Verbesserung der Qualifikation nicht aus, um das wichtigste Fernziel, eine konstante Wertschöpfung, zu erreichen. „Singuläre Ansätze bringen uns nicht voran. Stets muss an einer Vielzahl von Stellschrauben gedreht werden, und zwar vom Staat, den Tarifpartnern und der ganzen Gesellschaft“, so Bernhard Jagoda.

Gerade dort sei jedoch noch viel zu tun. Oft genug scheitere immer noch ein Mehr an Beschäftigung an der gesellschaftlichen Akzeptanz von Innovationen, wie es das Beispiel der Transrapid-Magnetschwebebahn zeige. „Die notwendigen Interessensausgleiche müssen überall rascher geschaffen werden. Heute schluckt nicht mehr die größere Volkswirtschaft die kleinere, sondern die schnellere die langsamere.“

Im Anschluss an den Vortrag diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kolloquiums „Arbeitsmarkt- und Arbeitsmarktpolitik“ sowie die übrigen anwesenden Gäste intensiv mit Bernhard Jagoda über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und die sich daraus für die Zukunft ergebenden Chancen und Risiken.

26 erfolgreiche Absolventen des Magisterstudiengangs geehrt

Hervorragender Notendurchschnitt erreicht



Ein hervorragender Jahrgang: Mehr als ein Drittel der Absolventen erzielten die Noten 1 und 2

Foto: DHV

28 deutsche und ausländische Hörerinnen und Hörer haben im Jahrgang 2000/2001 am Aufbaustudiengang der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer teilgenommen. 26 hatten es am 24. April 2001 geschafft. Nach den Prüfungen erhielten sie in einer Feierstunde am Abend in der Aula die Zeugnisse, auf die sie ein Jahr lang hingearbeitet hatten. Wieder konnten zahlreiche Geld- und Sachpreise an die überglücklichen Absolventinnen und Absolventen übergeben werden.

Unter den neuen Magistern der Verwaltungswissenschaften (Mag. rer. publ.), denen der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, feierlich ihre Urkunden überreichte, waren sechs ausländische Hörer aus sechs verschiedenen Ländern. Von ihnen erzielte Rossio Yvonne Miranda Oliver das beste Ergebnis: Außer einem Blumengruß von ihrer Familie in Bolivien erhielt sie vom Senatsbeauftragten für das Ausländer-(Aufbau-) Studium, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, den Preis des DAAD. Ihr folgte Julita Kinga Psut aus Polen. Sie wurde mit dem Preis der Hochschulvereinigung Speyer e.V. für ausländische Hörer ausgezeichnet. Als bestem Absolventen überhaupt überreichte Rektor Hill Dr. Veith Mehde den Preis der Hochschulvereinigung. Als Zweit- und Drittbeste

in der Gesamtbewertung wurden Bettina Herchenhan und Marion Weschka sowie in der Gruppe der ausländischen Hörer Maria Loreto Gonzalez Jeria aus Chile mit Buchpreisen ausgezeichnet.

Alle zur mündlichen Prüfung zugelassenen Hörerinnen und Hörer haben ihre Examina bestanden. Die Vorsitzende des Senatsausschusses für das Aufbaustudium, Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, lobte den „hervorragenden“ Notendurchschnitt dieses Jahrgangs, der zu den besten in der mittlerweile schon 25-jährigen Geschichte des Aufbaustudiengangs zählt: Mehr als ein Drittel der Absolventen erzielte Noten besser als befriedigend. Den größten Teil der deutschen Hörer stellten auch dieses Jahr wieder die Juristen. Daneben nutzten vier Sozialwissenschaftler und ein Diplom-Ingenieur das besondere Speyerer Studienangebot, das gerade auch den Absolventen nicht-verwaltungswissenschaftlicher Disziplinen einen Weg eröffnet, sich entsprechende Qualifikationen für eine Karriere in der Administration zu verschaffen.

Seit 1982 wird das verwaltungswissenschaftliche Studienprogramm für ausländische Hörer im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung/Zentralstelle für öffentli-

che Verwaltung (DSE/ZÖV) angeboten. Der hohe Bekanntheitsgrad der Hochschule im Ausland, der dort mitunter höher ist als in Deutschland, resultiert nicht zuletzt aus den positiven Erfahrungsberichten ihrer ausländischen „Ehemaligen“.

Mit Blick auf den beruflichen Verbleib der Absolventen der vergangenen Prüfungsjahrgänge zeigte Rektor Hill sich in seinem Schlusswort überzeugt, dass auch auf viele der Hörer dieses Prüfungsjahrgangs erfolgreiche Karrieren bei Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen warten würden. Zusammen mit Färber zeigte er sich überzeugt von der schärferen individuellen Profilbildung, die den Absolventen durch den Magister der Verwaltungswissenschaften ermöglicht wird. Er hoffe, alle Absolventen wieder bei den Fortbildungsmaßnahmen der DHV Speyer begrüßen zu können.

Für die Hörerinnen und Hörer bedankte sich Stefan Werres bei den Professorinnen und Professoren, den Bibliotheksmitarbeitern sowie bei den Referenten für das Ausländer- und Aufbaustudium für ihr unermüliches Engagement. Gerade die Zusammenarbeit mit Hörern unterschiedlichster Nationalitäten habe aufschlussreiche neue Blicke über die Grenzen hinweg erlaubt und viele Impulse gegeben, so Werres.

Ethik im Führungshandeln – Gastvortrag von Professor Blickle

Univ.-Professor Dr. Gerhard Blickle, Inhaber des Lehrstuhls für Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie am Psychologischen Institut der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, hat am 24. Juli 2001 einen Gastvortrag an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Spey-

er gehalten. Im Rahmen der von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch im Sommersemester 2001 angebotenen Arbeitsgemeinschaft „Führungskompetenzen - ihre Diagnose und Fortentwicklung“ referierte Blickle zu dem Thema „Ethik im Führungshandeln“.

Neuer Rektor im Amt

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch löst Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill ab

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch

Foto: Privat

Seit dem 1. Oktober 2001 hat die DHV Speyer eine neue Leitung: Der „neue“ Senat der Hochschule hat in seiner konstituierenden Sitzung am 30. Juli 2001 Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch zum neuen Rektor für die Amtszeit vom 1. Oktober 2001 bis 30. September 2003 gewählt.

Univ.-Professor Dr. Fisch ist seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls für empirische Sozialwissenschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung. Zum Prorektor wählte der Senat den bisherigen Rektor, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht.

Nach dem Studium der Psychologie, Physiologie und Psychiatrie mit Diplomabschluss im Fach Psychologie promovierte Fisch 1967 an der Universität Bochum. 1972 habilitierte er sich in Saarbrücken für das Fach Psychologie. Nach Forschungstätigkeiten an den Universitäten Bochum, Düsseldorf und Saarbrücken wurde er als Professor an die Universität

des Saarlandes berufen. Danach war er von 1974 bis 1992 Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie an der Universität Konstanz.

Univ.-Professor Dr. Fisch ist Mitglied in zahlreichen Expertenkommissionen und Fachgruppen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Verhalten in Organisationen (zum Beispiel Teamarbeit und Kreativität, Führen, Zusammenarbeiten und Entscheiden bei komplexen Verwaltungsaufgaben), Methoden der empirischen Sozialforschung (Beobachtungsmethoden, systematische Evaluation) sowie Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsmanagement. Von 1995 bis 1997 war er der Wissenschaftliche Beauftragte für das III. Führungskolleg Speyer (FKS). Daneben ist er als Mitglied des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung aktiv und zeichnete bisher verantwortlich für die Fortbildung an der Hochschule.

Als Hauptaufgabe seines Rektors sieht Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Hochschule

durch deren deutliche Profilierung. Dazu möchte er konsequent fortführen, was unter seinem Amtsvorgänger Hill an notwendiger Umorientierung bereits eingeleitet wurde. Besonderes Gewicht hat dabei für ihn ein Mehr an Flexibilität etwa im Bereich der Lehrplangestaltung und der Weiterbildung. Gerade hier sieht Fisch erhebliche Entwicklungspotentiale für die Hochschule, bei deren Ausschöpfung seine Erfahrungen mit der Arbeitsweise des Führungskollegs Speyer (FKS) von großer Bedeutung sein werden.

Auch im Bereich der Forschung soll die Hochschule während Fishs Amtszeit deutliche und weithin sichtbare Signale setzen, um ihre Rolle als Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften in Deutschland weiter zu akzentuieren. Gleichzeitig möchte er die weitere internationale Öffnung der Hochschule konsequent fortführen.

Die feierliche Übergabe des Rektorats wird am 7. November 2001 in einer Abendveranstaltung mit Festvortrag von Univ.-Professor Dr. Fisch erfolgen, jedoch hat der neue Rektor bereits am 1. Oktober 2001 alle Pflichten seines neuen Amtes übernommen.

Ein ausführlicheres Interview mit dem neuen Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Professor Dr. R. Fisch, finden Sie auf Seite 9 dieser Ausgabe des Speyer-Briefs.

Neuer Senat gewählt

Am 20. Juli 2001 fand die allgemeine Wahl des Senats der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. Wie alle zwei Jahre waren auch diesmal die Professorinnen und Professoren, akademischen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie nebenberuflich an der Hochschule Tätigen aufgerufen, die Vertreter ihrer jeweiligen Gruppe im Senat zu wählen.

Unter der Leitung von Dipl.-Kaufr. Berit Meier, Ass. Marion Weschka, Claudia Roth und Dr. Klauspeter Strohm wurden bei einer Wahlbeteiligung zwischen 44 % und 94 % in den verschiedenen Gruppen folgende Senatsmitglieder gewählt:

Gruppe der Universitätsprofessoren

Senatsmitglieder:

- Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch (Rektor)
- Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (Prorektor)
- Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag
- Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten
- Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas
- Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber
- Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen
- Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow
- Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch
- Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera

Stellvertretende Senatsmitglieder:

- Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne
- Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann

- Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann
- Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf
- Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim

Gruppe der akademischen Mitarbeiter

Senatsmitglieder

- Benedikt Speer, M. A., Mag. rer. publ.
- Dr. Wilfried Rudloff, M. A.
- Dipl.-Volkswirtin Sandra Renn

Stellvertretende Senatsmitglieder:

- Rechtsassessorin Stefanie Gille
- Dr. Stefan Koch, M. A.
- Ass. Oliver Graf

Gruppe der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter

Senatsmitglied:

- Bibl.-Inspektor Klaus-Dieter Schütt

Stellvertretendes Senatsmitglied:

- Dipl.-Ing. Wera Veith-Joncic

Gruppe der nebenberuflich an der Hochschule Tätigen

Senatsmitglied:

- GFD Heinz Dreibus

Stellvertretendes Senatsmitglied:

- RD Ralf Göbel

Wahl der Senatsmitglieder und Funktionsträger der Hörschaft

Die Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer bestimmen ihre Senatsmitglieder und Funktionsträger in jedem Semester neu. Gleich zu Semesterbeginn stehen daher die Wahlen für die verschiedenen Referate sowie für die studentischen Mitglieder des Senats.

Noch am 2. Mai 2001, dem ersten Tag des Semesters, bestimmte die Hörschaft in ihrer ersten Vollversammlung die Rechtsreferendarin Kerstin Kern aus Freiburg i. Br. zu ihrer Sprecherin. Darüber hinaus wurden folgende Referentinnen und Referenten gewählt und von ihren Vorgängerinnen und Vorgängern aus dem Wintersemester 2000/2001 in ihre Aufgabenbereiche eingeführt:

Finanzreferent:	Katrin Drußner
EDV-Referent:	Christian Bewart
Medienreferent:	Holm Putzke
Ausländerreferent:	Elizaveta Vesselova
Kulturreferent:	Henrike Elbracht
Sportreferent:	Tobias Emsel
Festreferent:	Stephan Estelmann
Technikreferent:	Thomas Bäcker

Daneben bestimmte die Hörschaft die Vertreter für den Fachausschuss für Studium und Lehre, den Promotionsausschuss, den Ausschuss für Frauenfragen, den Ausschuss für das Aufbaustudium, die Kommission für die Landesgraduierföderung, die Ethikkommission sowie den Bibliotheksvorstand. Am 22. Mai 2001 fand dann von 9 bis 16 Uhr die Wahl der Vertreter der Hörschaft im Senat der Hochschule statt. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 35 % wurden folgende Hörerinnen und Hörer in den Senat gewählt:

Senatsmitglieder:

- RRef. Tobias Gebhardt
- Ass. Dr. Ute Fischer
- Arndt Schelenhaus, M. A.

Stellvertretende Senatsmitglieder:

- RRef. Christoph von den Driesch
- RegRef. Sonja Optendrenk
- RRef. Heiner Staschen

Personalratswahlen

Am 15. Mai 2001 fanden an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer turnusgemäß die Personalratswahlen statt. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben wurden die Vertreterinnen und Vertreter für die einzelnen im Personalrat präsenten Gruppen bestimmt.

Es wurden gewählt für die **Gruppe der Angestellten** Margit Lindenschmitt, Helga Rink, Bruno Rausch und Elke Haase. Ersatzmitglieder sind für diese Gruppe Gabriela Alt und Thomas Röther.

In der **Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter** wurde zum Mitglied gewählt Albrecht Bayer, zum Ersatzmitglied Doris Leone.

Die Gruppe der Beamtinnen und Beamten vertritt Thomas Bauer, sein Ersatzmann ist Klaus-Dieter Schütt.

Schließlich wurde für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Burkhard Margies gewählt und als Ersatzmitglied Kathrin Schwalb.

Deutliche Profilbildung und höhere Flexibilisierung

Interview mit dem neuen Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch

Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Inhaber des Lehrstuhls für empirische Sozialwissenschaften, unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung, ist seit 1. Oktober 2001 neuer Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

K.S.: Herr Professor Fisch, Sie haben am 1. Oktober das Amt des Rektors der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer übernommen. Wo sehen Sie die Schwerpunkte Ihres Rektorats?

R.F.: Nach einem mehrjährigen, alle Ebenen umfassenden Beratungsprozess hat die bereits vor einigen Jahren eingesetzte Strukturkommission unter meinem Amtsvorgänger Hill ihre Arbeit abgeschlossen. Mit dem Programm 2010 liegt nun die entscheidende Weichenstellung vor, die Hochschule fit für die Zukunft zu machen. Zur Sicherstellung dieser Zukunftsfähigkeit werde ich konsequent das fortführen, was unter Kollegen Hill an notwendiger Umorientierung bereits begonnen wurde.

K.S.: Wie sieht das konkret aus? Haben Sie schon ein Programm entwickelt?

R.F.: Zunächst möchte ich die Hochschule deutlicher nach außen positionieren. Dies ist besonders wichtig im Bereich der Weiterbildung. Weiterbildung ist heute ein großer Markt, und genau hier sehe ich große Chancen für die Hochschule. Sie kann neue Entwicklungen schneller aufnehmen, verarbeiten und dann in die Weiterbildung hineinragen als andere Einrichtungen, sie ist aktueller. Um dieses Potential besser ausschöpfen zu können muss sie sich aber neuen Konzepten öffnen. Ich denke da etwa an neue Formen der berufsbegleitenden Weiterbildung, die sich etwa an den Erfahrungen mit dem Führungskolleg Speyer orientieren könnte. Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, wie die Hochschule auf Nachfragen nach speziellen Weiterbildungsangeboten reagieren kann. Immer häufiger treten zum Beispiel andere Länder an uns heran auf der Suche nach besonderen Weiterbildungsangeboten etwa für ihre Regierungsbeamte. Wir brauchen mehr Flexibilität, um hier reagieren zu können.

K.S.: Und wie sieht das für das Ergänzungsstudium aus?

R.F.: Auch hier ist eine stärkere Profilierung nötig. Eine Änderung der Juristenausbildung wird immer lauter gefordert. Die Hochschule wird darauf ebenfalls durch Flexibilisierung reagieren. Denkbar ist hier eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Hörer bei der Lehrplanerstellung oder die Schaffung von Ausbildungsschwerpunkten, etwa in Richtung staatlicher Verwaltung und Anwaltsberuf.

K.S.: Welche Bedeutung haben nach Ihrer Meinung ausländische Hörer für die Hochschule?

R.F.: Die Größte! Für das zusammenwachsende Europa ist gerade die Kenntnis der verschiedenen Verwaltungsstrukturen und vor allem Verwaltungskulturen entscheidend. Daher muss Speyer sowohl Einblicke in das deutsche Verwaltungssystem bieten als auch Blicke über die Grenzen hinweg eröffnen, um grenzübergreifendes Verständnis zu ermöglichen. Die Hochschule muss sich unbedingt mehr internationalisieren. Dazu muss sie zuerst ihre Attraktivität für ausländische Hörer steigern. Ich denke hier an ‚Summerschools‘ oder an Weiterbildungsangebote von einer Zeitsdauer von unter drei Monaten. All das wird aber nicht sofort umsetzbar sein und bedarf ausreichender Überlegungen.

K.S.: Neben der Lehre stellt die Forschung traditionell ein entscheidendes Charakteristikum der DHV Speyer dar. Welche Ziele sehen Sie in diesem Bereich für die nächsten Jahre?

R.F.: Die Hochschule legt einen besonderen Wert auf ihre Praxisbezogenheit. Dabei muss sie deutlicher machen, dass an ihr auch sehr gut geforscht wird. Dies ist um so wichtiger, als das Programm 2010 und die Umorientierung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung eine Verstärkung der Lehrstuhlfor schung notwendig machen. Speyer ist ein Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften in Deutschland. Daher muss es deutliche und weithin sichtbare Signale setzen, auch im Bereich Forschung, um diese Rolle weiter zu akzentuieren und sein Profil noch mehr zu schärfen.

Wir danken Ihnen für das Gespräch !

Die Fragen stellte Dr. Klauspeter Strohm.

Tag der offenen Tür mit großem Anklang

Nach Sanierung des Lehrgebäudes öffnete die Hochschule ihre Pforten der Öffentlichkeit

Viele ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, etwas Hochschulluft zu schnuppern

Foto: Lenz

Aufschlussreiche Einblicke in ihre gesamte Infrastruktur bot die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 9.6.2001. Anlässlich des Abschlusses der Renovierungsarbeiten am Lehrgebäude hatte sie zu einem Tag der offenen Tür eingeladen.

Unter den zahlreichen Besuchern, die Univ.-Professor Dr. Hermann Hill als Rektor der Hochschule bei der Eröffnung begrüßen konnte, befand sich auch der Speyerer Oberbürgermeister



Viele ausländische Hörer waren in ihrer Landestracht erschienen

Foto: DHV

und Vorsitzende der Hochschulvereinigungen Werner Schineller. Er hob in sei-

nem Grußwort die Bedeutung der Hochschule für die Stadt und des Gebäudes „als besonderes Zeugnis seiner Epoche“ hervor.

Das Lehrgebäude war 1960 von keinem geringeren als dem Architekten des Bonner Kanzleramts, Sepp Ruf, errichtet worden.

Nach 40 Jahren Nutzung waren die Fußböden abgetreten, die Elektroinstallation überaltert und Fenster und Decken undicht. Darüber hinaus mussten asbesthaltige Isoliermaterialien unter genauer Beachtung von Schutzvorschriften entsorgt und modernste Computeranschlüsse installiert werden.

Nach Investitionen von über 6 Mio. DM erstahlt das Gebäude nun wieder in neuem Glanz. Für Hill „eine ideale Gelegenheit, den Speyerer Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit der Hochschule und ihre besondere Verbundenheit mit der Stadt“ an einem Tag der offenen Tür näher zu bringen.

Den Besucherinnen und Besuchern wurde das ganze Tätigkeitsspektrum der Hochschule vor Augen geführt. Den ganzen Tag über konnten sie im Audimax Vorträge verfolgen, in denen ihnen die Hochschule und das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vorgestellt wurden, aber auch tiefe Einblicke etwa in Fragen des E-Learnings in öffentlichen Verwaltungen geboten wurden. Vorträge zur Geschichte der Hochschule und zum Ablauf der Generalsanierung ergänzten hier das Programm in idealer Weise.

An Projektständen bestand die Möglichkeit, sich exemplarisch über laufende verwaltungswissenschaftliche Ein-

zelprojekte zu informieren. Hier gab es den ganzen Tag über Ansprechpartner zu Electronic Government, Kultur der Zusammenarbeit, Arbeit in Projektgruppen und Erfolgsbedingungen neugegründeter Betriebe.

Darüber hinaus präsentierte die Hochschule der Öffentlichkeit ihre moderne technische Infrastruktur. Eine Live-Schaltung zu Staatssekretärin Brigitte Zypries ins Bundesinnenministerium, Führungen durch die Bibliothek, die Hochschule und das Hochschulrechenzentrum, Druckereibesichtigungen, Vorführungen der Zimmervermittlung und kulinarische Angebote der Taberna und der Hörerschaft boten Attraktionen, bei denen jeder der weit über 250 Besucher auf seine Kosten kam.

Besonders beliebt war das vom Rechenzentrum eingerichtete Internetcafé, das den Besuchern die Möglichkeit bot, nach Herzenslust durchs Web zu surfen. Viele hatten hier den ersten Kontakt mit dieser virtuellen Welt der Informationen, die sie unter fachkundiger



Auf den Gängen herrschte lockere Gesprächsatmosphäre

Foto: DHV

ger Anleitung erforschen konnten.

Gerade für angehende Hörerinnen und Hörer war der Tag der offenen Tür eine ideale Möglichkeit, schon etwas Luft an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zu schnuppern und sich vor Ort über ein Aufbau- oder Ergänzungsstudium an Deutschlands einziger postuniversitärer Hochschule für Verwaltungswissenschaften zu informieren.

Start ins Semester für wieder einmal mehr als 500 Hörer

Es war wieder einmal soweit: Am 2. Mai 2001 starteten über 500 Hörerinnen und Hörer in das neue Semester an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Universitätsprofessor Dr. Hermann Hill begrüßte als Rektor der Hochschule die Studierenden, die hier entweder ihr verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium begannen oder ein Aufbaustudium absolvieren wollten. Hill hob besonders hervor, dass in Speyer anders als im Fa-

kultätsbetrieb anderer Hochschulen, die einzigartige Möglichkeit besteht, Wissenschaft einmal über die Grenzen der Rechtswissenschaften hinaus auf interdisziplinäre Weise zu erfahren. Hill beschrieb in seiner Begrüßungsansprache das spezielle Speyerer Profil als eine gelungene Verbindung von juristischen mit historischen, soziologischen, wirtschafts-, politik- und verwaltungswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen sowie praxisorien-

tierten Arbeitsgemeinschaften. Das fächerübergreifende Studium an der DHV Speyer inspirierte daher in be-

Erstmals seit der Renovierung wieder in der Aula: Semesterstart für über 500 Hörerinnen und Hörer
Foto: DHV

sonderem Maße zu neuen Blicken auf vielfältige Problemfelder. Im Anschluss an Hill begrüßte der Beigeordnete Rolf Wunder die aus allen Bundesländern stammenden Neuspeyerer seitens der Stadt und unterstrich besonders das reichhaltige kulturelle Angebot der 2000-jährigen Domstadt.

Nach einem herzlichen und lautstarken Willkommensgruß durch eine Abordnung der Hörerinnen und Hörer des vergangenen Semesters

tagte dann die Vollversammlung der Hörschaft. Hier wurden mit organisatorischer Hilfestellung und vielen wertvollen Tipps durch die Funktionsträger des vergangenen Semesters die neuen Hörschaftsvertreter für das Sommersemester 2001 gewählt: Als Hörsprecherin wurde bestimmt Rechtsreferendarin Kerstin Kern aus Freiburg. Bereits am Nachmittag hatten die neuen Hörerinnen und Hörer dann in der Orientierungsphase I Gelegenheit, erste Eindrü-

cke von ihren Dozenten im vor ihnen liegenden Semester zu gewinnen.

Nachdem dann alle im Exposé-, Los- oder Direktvergabeverfahren einen Platz in jeweils einer Arbeitsgemeinschaft und einem Seminar gefunden hatten, und die letzten noch offenen Fragen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulverwaltung geklärt werden konnten, starteten dann die Lehrveranstaltungen am 4. Mai.

Promotionen im Sommersemester 2001

- Oliver Schäfer:** (18. Juni 2001) „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und Recht“, Betreuer: W. Schreckenberger.
- Gerd Eckstein:** (29. Juni 2001), „Die Europäische Strukturpolitik als mehrstufiger Kooperations- und Entscheidungsprozess“, Betreuer: Heinrich Siedentopf.
- Frédéric Kolié:** (29. Juni 2001) „Personalentwicklung im effizienten Staat. Führungskräfteauswahl und -verwendung für den öffentlichen Dienst in Guinea auf der Grundlage der Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland“, Betreuer: Rainer Pitschas.
- Ulf Martini:** (24. Juli 2001) „Die WTO und die rechtliche Entwicklung der Dienstleistungsfreiheit in den Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Telekommunikationsbereichs“, Betreuer: Rainer Pitschas.

Aufbaustudium

Zum 26. Jahrgang des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums wurden 31 deutsche Hörerinnen und Hörer (19 Juristen, 9 Sozialwissenschaftler und drei Absolventen technischer Disziplinen) zugelassen. Zusammen mit 25 ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 17 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas nehmen 56 „handverlesene“ Teilnehme-

rinnen und Teilnehmer an dem postuniversitären Studiengang teil. Über die Weiterentwicklung des Studiengangs, an dem bisher rund 800 deutsche und ca. 200 ausländische Hörerinnen und Hörer teilgenommen haben, wird zur Zeit intensiv beraten. Eine neue Studien- und Prüfungsordnung, die den geänderten Anforderungen der öffentlichen Verwaltung und der zunehmenden Internationalisierung gerecht wird, ist in Vorbereitung.

Im Rahmen des European Masters Programms (EMPA-Programm) absolvierte im Sommersemester eine belgische Hörerin von der Partneruniversität Leuven ihr Auslandssemester an der DHV Speyer. Einige Teilnehmer am Aufbaustudium wollen im Anschluss an das Wintersemester 2001/2002 an einer der Partneruniversitäten ihre Ausbildung abrunden und zusätzliche Qualifikationen erwerben.

Ausländische Hörerinnen und Hörer

Im Sommersemester 2001 studierten 38 ausländische Hörerinnen und Hörer an der DHV Speyer. Unter ihnen befanden sich 14 Hochschuldozenten und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltungen aus Entwicklungsländern (Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Marokko, Mongolei, Nicaragua, Senegal, Vietnam), die den 10. Jahrgang des Verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramms bilden. Die Hochschule Speyer führt dieses Programm im Auftrag des BMZ und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) in einem zweijährigen Turnus durch. Die übrigen ausländischen Hörerinnen und Hörer kamen aus Burkina Faso, Ghana, Japan, Moldawien, Nigeria, Polen, Russland, Tunesien und Ungarn. Im Rahmen des EMPA-Programms nimmt eine Hörerin aus Belgien am Aufbaustudium teil.

Sechs Hörerinnen und Hörer aus Bolivien, Chile, Frankreich, Mexiko und Polen nahmen an der Magisterprüfung 2001 teil. Von diesen erzielte Frau Rossio Ivonne Miranda Oliver aus Bolivien das beste Ergebnis. Sie erhielt von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas als Senatsbeauftragtem für das Ausländer-(Aufbau-)Studium den eingeworbenen Preis des DAAD für den besten ausländi-

schen Hörer bzw. die beste ausländische Hörerin. Ihr folgte Julita Kinga Psut aus Polen, die den Preis der Hochschulvereinigung Speyer für ausländische Hörer erhielt. Die Verleihung des DAAD-Preises setzte erneut eine ausführliche Begründung der Bewerbung voraus.

Sommerfest

Im Sommersemester fand am 28. Juni 2001 mit finanzieller Unterstützung durch den DAAD das traditionelle Sommerfest der ausländischen Hörerinnen und Hörer an der Hochschule statt. Das Foto macht deutlich, dass die ausländische Hörschaft nicht nur einen fröhlichen Kreis engagierter Teilnehmer am Aufbaustudium formiert, sondern darüber hinaus mit einer Reihe ehrenamtlich tätiger Gasteltern intensiven Kontakt pflegt. Auch letztere waren herzlich zum Sommerfest eingeladen.

Ausländische Doktorandinnen und Doktoranden

Im Sommersemester 2001 waren 12 ausländische Doktoranden aus den Ländern Brasilien, Burkina Faso, Guinea, Indonesien, Pakistan und Südkorea an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eingeschrieben. Frédéric Kolié, Mag. rer. publ., aus Guinea legte am 29. Juni 2001 seine mündliche Doktorprüfung ab. Er promovierte bei Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas über „Personalentwicklung im effizienten Staat. Führungskräfteauswahl und -verwendung für den öffentlichen Dienst in Guinea auf der Grundlage der Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland“.

Eine Nacht in Venedig

Abschlussball der Hörserschaft im Sommersemester 2001

Eine Nacht in Venedig - unter diesem Motto ließen sich etwa 500 Gäste am 27. Juli an der Deutschen Hochschule für Ver-

In der von der Hörserschaft unter der Leitung ihres Festreferenten, RRef. Stephan Estelmann, in liebevoller Arbeit mit venezianischen Motiven und einem Sternenhimmel geschmückten Aula tanzten die Gäste von einer schwungvollen Band begleitet bis zum frühen Morgen. Den absoluten Höhepunkt des Abends stellte jedoch nicht die Tombola dar, sondern eine Gesangseinlage von Hörsersprecherin Kern: Sie brillierte als Chansoniere. Für ihre unter dem Motto „Das gibt's nur einmal“ stehenden Interpretationen von Schlägern der 1930er und 40er-Jahre wurde sie mit dem tosenden Applaus des Publikums belohnt.

Den Organisatoren ist die beabsichtigte Entführung ihrer Gäste in die mediterrane Lagunenstadt hervorragend gelungen. Wieder ist der DHV Speyer ein glanzvoller Semesterabschluss der Extraklasse geglückt.

waltungswissenschaften Speyer verzaubern. Die Hörserschaft der Hochschule, Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Oberbürgermeister Werner Schineller als Vorsitzender der Hochschulvereinigung e. V. hatten zum Semesterabschlussball eingeladen. Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich die Gäste, darunter viele Ehemalige und sogar schon ein Hörer des kommenden Semesters, im zentralen Innenhof der Hochschule ein. Untermalt von den Klängen eines Streichquartetts fand hier ein Sektempfang statt. Nachdem sich die Gäste dann am kalt-warmen Buffet gestärkt hatten, eröffneten die diessemestrigte Hörsersprecherin, Rechtsreferendarin Kerstin Kern, und Rektor Hill offiziell den Ball, den Oberbürgermeister Schineller mit einem großzügigen Scheck der Hochschulvereinigung in Höhe von 1000 DM bezuschusste.

Fotos: Lenz und DHV

Alles hat ein Ende:

Abschied der „Hill's Angels“ von Speyer, gute Noten für die Hochschule

Zum offiziellen Abschluss des Sommersemesters 2001 versammelten sich die Hörerinnen und Hörer der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer am 31. Juli 2001 noch einmal in der Aula. Nach einem kurzen Rückblick auf die verschiedenen Höhepunkte des vergangenen Semesters zeigte sich der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, hochzufrieden mit dem Ergebnis, das die Hochschule bei der Hörerumfrage erzielte. Die Hörerumfrage ist eine in jedem Semester stattfindende detaillierte Bewertung der DHV Speyer durch ihre Hörerinnen und Hörer, die zur gezielten

Rektor Hill und Hörsersprecherin Kern Foto: DHV

Verbesserungen an der Hochschule genutzt wird. Die Hörserschaft des Sommersemesters 2001 vergab Bestnoten, insbesondere für den Bereich Examensvorbereitung. Daher wollen die Absolventen das Speyer-Semester auch wärmstens weiterempfehlen.

Für die 503 Hörerinnen und Hörer dieses Semesters bedankte sich Hörsersprecherin Kerstin Kern bei der Hochschule für ein wertvolles Semester. Sie überreichte Rektor Hill ein eigens entworfenes „Hill's Angels“ T-Shirt. Besonders geschätzt haben - so Kern - die Hörerinnen und Hörer die Interdisziplinarität der Hochschule und die an ihr übliche teamorientierte Arbeitsweise. „Durch haben wir alle viel Neues gelernt und konnten außerdem Freundschaften fürs Leben schließen“, so Kern. Gerade dies mache den besonderen Charme der Hochschule und die Attraktivität des Speyer-Semesters aus.

Vortrag bei der China Telecom

Am 5. April 2001 hielt Dr. Jörn von Lucke bei der China Telecom einen Vortrag über das Thema „Benchmarking with the Internet - Viewpoint E-Government“.

Deutsches Haushalts- und Rechnungswesen vorgestellt

Auf Einladung des National Institute of Accounting Beijing/China referierte Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder auf der Pekinger Tagung „China and International Comparative Perspectives“ am 11. und 12. April 2001 über das Thema „Government Budgeting and Accounting Reform in Germany“.

Drei-Länder-Tagung „Europäisierung der öffentlichen Verwaltung“

Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König nahm in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaft am 19. und 20. April 2001 in Neusiedl/Österreich an der Drei-Länder-Tagung zum Thema „Europäisierung der öffentlichen Verwaltung“ teil. Veranstalter waren die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, die Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften sowie die Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft.

Integrierte Krankenhaus- versorgung und -finanzierung

Vom 23. bis 24. April 2001 hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Rheinland-Pfalz die Speyerer Gesundheitstage durchgeführt. Die Konferenz und das Referat von Univ.-Professor Dr. Pitschas be-

schäftigten sich mit dem Thema „Integrierte Krankenhausversorgung und -finanzierung“. Ein Tagungsband ist derzeit in Vorbereitung.

Globalisierung als Chance zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Im Rahmen des Speyerer Fortbildungseminars „Finanzen und Wirtschaft“ am 26. April 2001 hat Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag einen Vortrag über „Globalisierung, 'New Economy' und Dienstleistungen: Chancen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ gehalten.

Osnabrücker Gespräche zum Umweltrecht

Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Politik und Recht im Bereich von Umwelt und Energie, nahm am 26./27. April 2001 teil an den „8. Osnabrücker Gesprächen zum deutschen und europäischen Umweltrecht: Klimaschutz durch Emissionshandel“, auf Einladung des Instituts für Europarecht der Universität Osnabrück.

Symposium in Salzburg „Verfassung in Zeiten des Wandels“

Im Rahmen des Internationalen Symposions „Verfassung in Zeiten des Wandels“, das am 26. und 27. April 2001 in Salzburg stattfand, referierte Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten zum Thema „Europäische Union und Rechtsstaatlichkeit“.

Vortrag zum neuen Steuerungsmodell in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt einen Vortrag auf dem 13. Verwaltungsrichtertag in München am 10. Mai 2001 im Arbeitskreis „Justizmanagement und richterliche Unabhängigkeit“ über „Zur Einführung

des Neuen Steuerungsmodells in der Verwaltungsgerichtsbarkeit“.

Europarechtliche Grundlagen des Sicherheitsgewerberechts

Auf dem deutsch/österreichischen Symposium zum Sicherheitsgewerberecht in Salzburg am 25. Mai 2001 hielt Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas einen Vortrag zum Thema „Europarechtliche Grundlagen des Sicherheitsgewerberechts und der Übertragung von Aufgaben der staatlichen Gefahrenabwehr“.

8. Deutsch-Französisches Verwaltungskolloquium der DHV und der ENA

Am 5. und 6. Juni 2001 fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf das 8. Deutsch-Französische Verwaltungskolloquium zwischen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration in Straßburg statt.

Das von der Robert Bosch Stiftung in großzügiger Weise geförderte Kolloquium gibt den deutschen und französischen Auszubildenden an beiden Verwaltungshochschulen eine herausragende Möglichkeit zum wissenschaftlichen Austausch und zum gegenseitigen Kennenlernen.

Die diesjährigen Themen betrafen die Modernisierung von Staat und Verwaltung in Frankreich und Deutschland sowie die Reform der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Ein Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ergänzte den offiziellen Veranstaltungsteil. Die durchweg gute Arbeitsatmosphäre wurde im Rahmen einer Evaluierung durch die Teilnehmer mit Bestnoten bestätigt.

Das 9. Deutsch-Französische Verwaltungskolloquium wird im Sommersemester 2002 an der DHV Speyer stattfinden.

Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften und das deutsche Polizeirecht

Auf dem internationalen Seminar „Sicherheits-/Ordnungspartnerschaften im internationalen Vergleich - Schwerpunkt: Europa -“ am 13. Juni 2001 in der Polizei-Führungsakademie referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas zum Thema „Auswirkungen der Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften auf das deutsche Polizeirecht“.

7. CIGAR-Konferenz

Anlässlich der 7. CIGAR-Konferenz in Valencia am 14./15.6.2001 referierte Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder zum Thema „Research in Comparative Governmental Accounting over the last Decade - Achievements and Problems -“.

Schlichtertätigkeit

Im Rahmen seiner im Jahr 2000 übernommenen ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzender des Bundesschiedsamts für die Kassenärztliche Versorgung führte Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas am 21. Juni und 20. August 2001 zwei vorbereitende Schlichtungsgespräche zur inhaltlichen Ausfüllung des Bundesmantelvertrages Kassenzahnärzte/Ersatzkassen.

Systemwandel und Verwaltungstransformation

Auf einem Symposium mit dem Titel „Verwaltung im Wandel - Rück- und Ausblicke auf Systemwandel, Demokratieentwicklung und Managementreform“, welches anlässlich des 65. Geburtstages von Univ.-Professor Dr. Hellmut Wollmann am 6. Juli 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand, hielt Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König einen Vortrag zum Thema „Systemwandel und Verwaltungstransformation - verwaltungswissenschaftliche Aspekte“.

Exkursion zum Europäischen Parlament

Am 7. Juli 2001 unternahmen die Teilnehmer des von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf geleiteten Seminars „Das Mehrebenensystem der Europäischen Union“ eine Exkursion zum Europäischen Parlament nach Straßburg (Frankreich). Neben der Teilnahme an einer Plenarsitzung und einem Vortrag über das Thema des „European Civil Service“ von Generaldirektor Giancarlo Vilella konnten die Hörerinnen und Hörer Gespräche mit MdEP Dr. h.c. Diemut Theato, Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle, und mit MdEP Dr. Peter Michael Mombaur über die vielfältigen Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten des Europäischen Parlaments führen.

25. Internationaler Kongress der Verwaltungswissenschaften mit maßgeblicher Beteiligung Speyerer Professoren

Der 25. Internationale Kongress der Verwaltungswissenschaften, veranstaltet vom International Institute of Administrative Sciences, fand in der Zeit vom 9. bis 13. Juli 2001 in Athen statt. Über 400 Teilnehmer aus allen Erdteilen, Wissenschaftler, Regierungsvertreter und Leitende Verwaltungsbeamte, befassten sich in vier großen Arbeitsgruppen mit verschiedenen Aspekten des Themas „Governance in Public Administration in the 21st Century - New Trends and New Techniques“. Aus Speyer wirkten die Professoren Dres. Klaus-Eckart Gebauer, Hermann Hill, Klaus König, Detlef Merten, Heinrich Siedentopf und Karl-Peter Sommermann mit. Univ.-Professor Dr. Sommermann war Berichterstatte der ersten Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema „The Rule of Law and Public Administration in a Global Setting“ befasste und in der Univ.-Professor Dr. Dr. Merten über „Rule of Law at the Crossroads of the National to the

International Level“ referierte. In der Arbeitsgruppe wurde schwerpunktmäßig die Vereinbarkeit der ökonomisch-managerialistischen Modernisierungskonzepte mit den auf den Schutz der Rechte des Einzelnen und Rechtssicherheit zielenden Grundsätzen der „Rule of Law“ (Rechtsstaatlichkeit) erörtert. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf wirkte an einem besonderen Panel mit, das Reformkonzepte in Ostasien behandelte.

Auch in institutioneller Hinsicht bleibt die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften hervorragend vertreten. Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König, bisher einer der Vizepräsidenten des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, wurde durch Professor Dr. Hans Peter Bull, Universität Hamburg, abgelöst, der Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ist.

Vortrag bei der Berliner Senatsverwaltung

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt am 16. August 2001 einen Vortrag bei der Senatsverwaltung für Inneres des Landes Berlin. Er sprach zum Thema „Die Europäische Union als ein ‚Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts‘“.

Einladung nach Japan

Auf der 'National Conference of Nippon, Urban Management and Local Government Research Association' am 1. und 2. September 2001 in Hiroshima hielt Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder einen Vortrag zu „State and Perspectives of Resource Accounting and Budgeting in Governments“.

Daneben nutzte Lüder die Gelegenheit zu mehreren Fachgesprächen in den Städten Tokio, Hiroshima, Kobe und Nagoya.

Vortragsreise in den USA

Auf Einladung der Graduate School of Public Administration der University of Colorado at Denver reiste Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König vom 7. bis 22. September 2001 in die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort hielt er Vorlesungen über das deutsche Verwaltungssystem, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland sowie zur Typologie der öffentlichen Verwaltung.

Außerdem wurden Forschungsgespräche zur Entwicklung der Verwaltungswissenschaft in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika geführt.

Konferenz des Transatlantic Consortium for Public Policy Analysis and Education

Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., nahm vom 20. bis 22. September 2001 als Vertreter der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Diskussionsleiter an der Konferenz des Transatlantic Consortium for Public Policy Analysis and Education in Pittsburgh, Pennsylvania (USA), über „Ethics, Accountability and Social Responsibility: A Transatlantic Perspective“ teil.

Anschließend verbringt Univ.-Prof. Dr. Bohne einen viermonatigen Forschungsaufenthalt als Ameritech Research Fellow am Institute for Development Strategies der Indiana University in Bloomington (USA).

Umweltverwaltung in den Ostsee-Anrainerstaaten

Am 27. und 28.9.2001 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften an deren Tagung „Umweltverwaltung in den Ostsee-Anrainerstaaten“ in Hamburg teil.

Zur Lage der Behinderten in ausgewählten Staaten Asiens

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt am 29. September 2001 auf der Forschungskonferenz „Teilhabe behinderter Menschen an der Bürgergesellschaft in Asien und Europa: Eingliederung im Sozial- und Rechtsvergleich“ einen Vortrag über das Thema „Zwischenbilanz: Zur Lage der Behinderten in ausgewählten Staaten Asiens. Was können wir daraus für die Bundesrepublik Deutschland und Europa lernen?“.

Die Forschungskonferenz wurde vom 29. September bis 1. Oktober 2001 von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas in Verbindung mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht (München) durchgeführt. Die Veranstaltung diente der gestuften Vorbereitung eines umfangreichen Hochschulforschungsprojekts zur Entwicklung des Behindertenrechts in der Europäischen Union und in Asien unter vergleichender Perspektive. Im Einzelnen wurden Länderberichte zur Lebenssituation Behinderter und zur diesbezüglichen Rechtslage in Süd- und Südostasien aus Japan, Korea, Taiwan, der Volksrepublik China, Vietnam und Indonesien erstattet. Dem folgte der Versuch, aus den Berichten valide Aussagen zur Lage der Behinderten in den ausgewählten Staaten Asiens zu treffen. Daran wird weiterzuarbeiten sein. Ein zweiter Teil der Konferenz befasste sich mit der Einordnung des Forschungsprojekts in das Recht der beteiligten europäischen Staaten und in das europäische Sozialrecht. Hierzu wurden neben dem Bericht über die Entwicklung des Sozialrechts in der Europäischen Union Länderberichte aus den Beitrittsstaaten Polen, Tschechien und Ungarn erstattet. Die erzielten Tagungsergebnisse bieten die Möglichkeit, in einer weiteren Voraus-Konferenz zum gesamten Forschungsprojekt das Thema zu vertiefen.

Die Ergebnisse sollen in einem in Vorbereitung befindlichen Tagungsband veröffentlicht werden.

Investieren und Sparen in Russland

Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag referierte über das Thema: „Investieren und Sparen in Russland und der Wettbewerb um internationales Kapital“. Veranstaltet wurde die Tagung vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in Kooperation mit der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation (Moskau) und Professoren der Universitäten St. Petersburg und Woronesh.

„Demokratie- und Verwaltungsförderung“

Im Rahmen des Doktorandenseminars von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas fand am 26. Juni 2001 ein Vortrag der Referatsleiterin Frau Ministerialrätin D. Groth aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Groth sprach zum Thema: „Entwicklungspolitik in Deutschland. Die Aufgaben des BMZ-Referates „Demokratie- und Verwaltungsförderung““. Anschließend fand eine Begegnung zwischen D. Groth sowie ausländischen Hörerinnen und Hörern statt. In einem Vorgespräch hatte sie bereits mit Univ.-Professor Dr. R. Pitschas die künftige Perspektiven der Verwaltungsförderung und eine Reihe von Aspekten der Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und Öffentliches Recht in diesem Sektor besprochen.

Den Blick für Europa schärfen IV: Spanien im Mittelpunkt der Reihe „Europa in Speyer“

ihre Verwaltungskultur und Verwaltungssysteme besser kennen zu lernen. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ist daher bestrebt, ihre europabezogene Ausrichtung in Aus- und Fortbildung noch weiter zu verstärken.

Nachdem die Verwaltungssysteme von Frankreich, Belgien und Großbritannien in den letzten Semestern jeweils im Mittelpunkt der Veranstaltung „Europa in Speyer“ gestanden hatten, richtete sich der Blick in diesem Semester bei der mittlerweile schon vierten Neuauflage der Veranstaltung auf Spanien.

Von der Politik- und Verwaltungswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Rey Juan Carlos Universität Madrid konnten mit Professor Alonso Iglesias und Professor Manuel Villoria

zwei hochkarätige Experten gewonnen werden, die vom 11. bis 13. Juli 2001 eine kompakte Einführung in das komplexe spanische Verwaltungssystem boten. Nach der Begrüßung durch Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Rektor der Hochschule, stellten Villoria und Iglesias Aufbau und Modernisierung der spanischen Staatsverwaltung vor.

Im Anschluss an die Vorträge diskutierten die Hörerinnen und Hörer der Hochschule intensiv mit den Referenten. Dabei standen besonders Fragestellungen der Übertragbarkeit auf das deutsche Verwaltungssystem im Mittelpunkt des Interesses.

Sowohl Villoria als auch Iglesias zeigten sich von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer beeindruckt und an einer weiteren Kooperation interessiert.

Prof. A. Iglesias

Foto: DHV

Das Ziel der Veranstaltungsreihe „Europa in Speyer“ ist einfach zu definieren: Europa nach Speyer holen. Im zusammenwachsenden Europa wird es immer wichtiger, die europäischen Nachbarn,

Erfolgreiche Karriereschmiede

Interessiertes Publikum auf der OPhase II

Als gute Möglichkeit der Orientierung bezeichneten Hörerinnen und Hörer die hausinterne Jobmesse der Hochschule: Die Orientierungsphase II fand im Sommersemester 2001 am 19. Juli statt. Mit mehr als 20 teilnehmenden potentiellen Arbeitgebern, darunter das Bundesinnenministerium, das Justizministerium Rheinland-Pfalz und die Oberfinanzdirektion Koblenz, war es die bisher größte „OPhase II“, so dass die Stellflächen in der Aula alleine nicht mehr ausreichten und viele mit ihren aufwendig gestalteten Messeständen ins Foyer der Hochschule ausweichen mussten.

Neben den Kontaktgesprächen eröffneten die Anbieter durch Vorträge, die im 15-Minuten-Takt im Auditorium Maxi-

Foto: Lenz

mum stattfanden, tiefe Einblicke in ihre Tätigkeitsfelder. Die Veranstaltung entwickelt sich so seit ihrer Anfangszeit als reiner Vortragsveranstaltung immer mehr zu einer richtigen Messe mit parallelem Vortragsforum.

Insgesamt stehen die Zeichen für junge Nachwuchskräfte derzeit nicht schlecht. Überall werden neue Mitarbeiter gesucht, was auch das seit Jahren auf der OPhase II mit einem eigenen Stand vertretene Hochschulteam des Arbeitsamts Ludwigshafen bestätigen konnte. Besonders auffallend ist die immer stärkere Präsenz großer Unternehmen und Rechtsanwaltssozietäten und -kanzleien auf der Jobmesse, die permanent auf der Suche nach jungen Mitarbeitern sind.

Deutsch-chinesisches Kleinsymposium Verwaltungsvollstreckungsrecht

Chinesische Delegation im Rahmen der Kanzlerinitiative „rechtsstaatlicher Dialog“
zu Gast an der DHV Speyer

Hochrangiger Besuch aus China war in der Woche vom 2. bis 6. Juli 2001 zu Gast an der DHV Speyer. Die Hochschule organisierte für eine fünfköpfige Expertengruppe der chinesischen Arbeitskommission für die Gesetzgebung (Legislative Affairs Commission - LAC) ein mehrtägiges Kleinsymposium zum Verwaltungsvollstreckungsrecht mit theoretischem und praktischem Teil.

Die Delegation unter Leitung von Li Yuan, Leiter der Abteilung für Staats- und Verwaltungsrecht der LAC, besuchte die Hochschule, um sich mit internationalen Experten über die geplante Einführung eines neuen Verwaltungsvollstreckungsrechts in China auszutauschen. Besonders wichtige Ansprechpartner fanden die Gäste neben Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in dem spanischen Rechtsprofessor Alonso Iglesias und dem französischen Rechtsexperten Jean-Marie Woehrling, Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt. Ihre Beiträge vermittelten den Delegierten aus dem Reich der Mitte einen umfassenden Überblick über die deutschen, spanischen und französischen Rechtssysteme mit ihren länderspezifischen und teilweise historisch bedingten Besonderheiten.

Zwar stand das deutsche Verwaltungsvollstreckungsrecht eindeutig im Mittelpunkt des Interesses, dennoch zeigte sich Li Yuan überzeugt, dass ge-

rade aus dem in Speyer ermöglichten Vergleich dieser verschiedenen Rechtssysteme und Rechtstraditionen wichtige Impulse für das weitere Fortschreiten des chinesischen Reformvorhabens hervorgehen werden.

Neben dem wissenschaftlichen Dialog organisierte die Hochschule ein Besuchsprogramm in die rechtliche Praxis: Experten des Speyerer Finanzamts, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Neustadt, des Verwaltungsgerichts Frankfurt sowie des Hauptzollamts Mannheim informierten die Gäste in den jeweiligen Behörden über die praktische Rechtsanwendung. Die Sichtweise eines Großunternehmens lernten die Delegierten bei einem Informationsbesuch in der Rechtsabteilung der BASF AG in Ludwigshafen kennen. Einen ganz besonderen Einblick eröffnete ihnen das Ordnungsamt der Stadtverwaltung Speyer: In einem Planspiel wurden den Gästen die Entscheidungsabläufe in einer Vollstreckungsbehörde verdeutlicht. Anschließend standen ein Besuch im Speyerer Bürgerbüro und ein Empfang bei Oberbürgermeister Werner Schineller auf dem Programm.

Die DHV Speyer nutzte den Aufenthalt der chinesischen Rechtsexperten, um ihren Hörern einen Blick auf ganz außergewöhnliche Problematiken zu ermöglichen: In zwei Vorträgen beleuchteten Zhang Shicheng und Li Yuan die

gegenwärtige Rechtslage der Verwaltungsvollstreckung und die besondere Gesetzgebungsproblematik in China.

Der Besuch aus Peking fand im Rahmen der „Chinesisch-deutschen Zusammenarbeit zur Verwaltungsgesetzgebung“ statt. Dieses Projekt der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der LAC des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ist Teil der „Kanzler-Initiative“. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte 1999 bei seinem Besuch in Peking mit dem Ministerpräsidenten Zhu Rongji einen „rechtsstaatlichen Dialog“ vereinbart.

Der Besuch hatte einen hohen Stellenwert: Er unterstützte die Bemühungen Chinas für einen rechtsstaatlichen Aufbau der Verwaltung. Die LAC verfügt über umfassende Beratungsbefugnisse im Bereich der Gesetzgebung: ihr werden praktisch alle Gesetzesentwürfe vorgelegt. Insbesondere im Verwaltungsrecht stehen in China weitreichende Reformen an.

Bei ihrer Verabschiedung durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, zeigten sich die Gäste beeindruckt von dem ihnen durch die Hochschule eröffneten Erfahrungsschatz. Sie hoffen, auch in Zukunft auf diesen zugreifen zu dürfen, so Delegationsleiter Li Yuan.

Chinesische Verwaltungsexperten informieren sich zur Verwaltungsmodernisierung

Über den „Wandel der Staatstätigkeit und die Verwaltungsreform“ in Deutschland informierte sich am 20. Mai 2001 eine Delegation aus der Volksrepublik China an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die 22-köpfige Studiengruppe „Moderne Verwaltung“ befand sich auf einer einwöchigen Studienreise durch Deutschland.

Sie setzte sich aus Angehörigen der verschiedensten Pekinger Regierungsdienststellen zusammen und wurde geleitet von dem verantwortlichen Dezernenten für die Berufsausbildung der chinesischen Staatsregierung, Shen Yongshe. Durch zahlreiche Besuche, Besichtigungen und Informationsgespräche versuchte sie ein für die

Volksrepublik China adaptierbares Modell für die dort anstehende Verwaltungsreform zu finden. Auf ihrer ersten Besuchsstation fand die Studiengruppe in Speyer einen kompetenten Ansprechpartner in Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, Rektor der Hochschule.

In dem ausführlichen Gespräch interessierte die Gäste aus dem Fernen Osten neben den besonderen Strukturen der deutschen Verwaltungsausbildung insbesondere der Problemkreis der Binnenmodernisierung von Behörden. Die praktischen Erfahrungen in Deutschland mit „Good Governance“ und „Lean Management“ in der öffentlichen Verwaltung wurden dabei lebhaft diskutiert und auf ihre Übertragbarkeit auf China und die dortige Verwaltungstradition hin geprüft.

Kommunalreform in Afrika:

Visite aus Angola

Am 18. Mai 2001 besuchte der innenpolitische Berater des angolanischen Staatspräsidenten, Carlos Maria da Silva Feijó, in Begleitung von Domingos Pedro Diogo auf Anfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung die Hochschule. Nach deren Vorstellung durch Dr. Klaus Peter Strohm führten die beiden ein längeres Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas zu Fragen der Kommunalverwaltung.

Nachkontaktseminar in der Mongolei Neue Tendenzen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung

Vom 21. - 27. August 2001 fand in Ulaanbaatar/Mongolei mit Unterstützung des DAAD ein Nachkontaktseminar zum Thema

„Neue Tendenzen der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und in der Mongolei“ statt. Das Seminar wurde für diejenigen mongolischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer veranstaltet, die in den vergangenen Jahren in Deutschland an der DHV Speyer sowie an weiteren deutschen Universitäten studiert und einen akademischen Abschluss erlangt haben. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Veranstaltung lag auf Speyerer Seite bei Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas. Von Seiten der Mongolei nahm die dortige Management-Akademie, die Parlamentskanzlei sowie der DAAD-Club der Mongolei e. V. teil. Diese Mitveranstalter wurden durch Dr. Shairai Batsuch von der Managementakademie der Mongolei verantwortlich vertreten. Zur Unterstützung der Seminararbeit auf der Grundlage praktischer Erfahrungen in Deutschland mit der Modernisierung wurde Ministerialdirigent Prof. Dr. K.-E. Gebauer gewonnen, der als Kabinett-Abteilungsleiter in der Staatskanzlei des Landes

Von links: Univ.-Prof. Dr. Pitschas, Dr. Batsuch, Prof. Dr. Gebauer

Foto: Privat

Rheinland-Pfalz beschäftigt ist. Diese unterstützte mit der Entsendung des hohen Beamten zugleich die Durchführung des Nachkontakts.

Die Veranstaltung umfasste neben Begegnungen und Gesprächen mit dem deutschen Botschafter in der Mongolei, K. Schröder, eine Reihe weiterer Gespräche mit dem Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Mongolei sowie mit dem Vize-Wirtschaftsminister. Univ.-Prof. Dr. Pitschas referierte zu den Themen „Strategien der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und in der Mongolei“, „Erfahrungen mit New Public Management (NPM) in Deutschland“, „Entscheidungsverfahren des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland“ und „Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland“.

Prof. Dr. K.-E. Gebauer referierte über „Entscheidung und Entscheidungsvorbereitung im System staatlicher Dezentralisierung“, „Unterstützung des öffentlichen Dienstes durch externen Sachverstand“ und „Koordinationsmanagement als Kernaufgabe von Regierungszentralen und Ministerien“.

Die Veranstaltung war von einem intensiven Interesse der mongolischen Teilnehmer an den Lehrinhalten und an der Diskussion geprägt. Die deutsche Sprache wurde durchgängig als Verhandlungssprache genutzt. Insgesamt nahmen von mongolischer Seite 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Seminar teil. Der Erfolg der Veranstaltung in der Mongolei, die einer ähnlichen Veranstaltung im Jahr 2000 in Südkorea folgte, verdeutlicht den durchaus eigenständigen Beitrag, den die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer durch ihre Nachkontaktmaßnahmen und Fortbildungspartnerschaften im Rahmen der Entwicklungspolitik zu leisten imstande ist. Die mongolische Hauptstadtpresse hat über die Veranstaltung intensiv berichtet; mit den deutschen Professoren fanden in Rundfunk und Presse entsprechende Interviews statt.

Bilaterale Informationsgespräche:

Deutsche und französische Richter und Staatsanwälte diskutieren an der DHV Speyer

Zwei Vorträge von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne und von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf standen am 14. Mai 2001 im Mittelpunkt des Arbeitsbesuchs einer Gruppe lothringischer und rheinland-pfälzischer Richter und Staatsanwälte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die Gäste aus den Bezirken der Generalstaatsanwaltschaft Metz und des Oberlandesgerichts Zweibrücken waren nach Speyer gereist, um die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer kennen zu lernen und um sich über ausgewählte Rechtsproblematiken zu informieren.

Am Beispiel der neueren Entwicklungen im deutschen und französischen Umweltrecht arbeitete Bohne den grundsätzlichen Unterschied zwischen deutscher und französischer Rechtsauffassung heraus: Das durch das Föderativsystem ohnehin komplizierte deutsche Umweltrecht gehe strikt von eigentumsrechtlichen Standpunkten aus, das französische hingegen stelle klar das Staats- und Allgemeinheitsinteresse in den Vordergrund.

Die Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland war Gegenstand der Ausführungen Siedentopfs. In der anschließenden Diskussion ging es dann um den Aufeinanderprall von nationalem und europäischem Recht, der zuweilen zu einem „regelrechten regulatorischen Wettbewerb der EU-Staaten in Brüssel“ führen könne.

Für die französische Delegation bedankte sich Generalstaatsanwalt Georges Garrigue bei Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Rektor der DHV Speyer, für den freundlichen Empfang und die beeindruckende Darstellung der Tätigkeit der Hochschule, und bei den Referenten für ihre aufschlussreichen Ausführungen.

Für die Juristen aus Lothringen war der Blick über die Grenze besonders interessant, da in Frankreich gerade eine Justizreform abgeschlossen wurde, die das französische Rechtssystem den Systemen im übrigen Europa annähert. Als Beispiel für diese Angleichung wurde die Beschränkung der Macht der 'juges d'instruction', der französischen Untersuchungsrichter, angeführt. Gerade im Kontext dieser Reform mit ihren tiefgreifenden personellen Umstrukturierungen seien vergleichende Blicke über die Grenzen hinweg interessant.

Aktuelle Probleme diskutierten die französischen Juristen mit der rheinland-pfälzischen Delegation, die vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes, Walter Dury, und von Generalstaatsanwältin Ursula Reichling angeführt wurde.

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, das einzige deutsche Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften, war 1947 noch unter französischer Besatzung nach dem Vorbild der international renommierten Ecole Nationale d'Administration (ENA) gegründet worden und pflegt seit jeher beste Beziehungen nach Frankreich.

Die lothringische Delegation und ihre deutschen Begleiter beim Gang über den Campus
Foto: DHV

Planungsabteilung des koreanischen Innenministeriums zu Gast

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hatte wieder einmal hohen Besuch aus dem Fernen Osten: Am 7.5.2001 besuchte eine 16-köpfige Delegation die Domstadt und die Hochschule. Kopf der Gruppe war Young-chul Kwon, der seit einem Jahr die Planungsabteilung des koreanischen Innenministeriums leitet. Ihn begleiteten weitere Beamte des Innenministeriums sowie Verwaltungsexperten aus Seoul. Da Kwon vor seinem jetzigen Tätigkeitsbereich lange für die Aus- und Weiterbildungsprogramme des Innenministeriums verantwortlich zeichnete, ergab sich reichlich Gesprächsstoff zum Aus-

und Fortbildungssystem für hohe Staatsbeamte in Deutschland. Nach der

Die Gäste aus Korea

Begrüßung der Gäste durch den Prorektor Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch kam

Foto: DHV

es daher zu einer sehr angeregten Diskussion, in der Dr. Egon Riffel und Privatdozent Dr. Matthias Niedobitek für die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung der koreanischen Delegation ihre zahlreichen Fragen beantworteten. Ein Kerngegenstand des Interesses der Gäste aus Ostasien war die Arbeit des Führungskollegs Speyer (FKS), das seit seiner Gründung im Jahr 1991 der kontinuierlichen beruflichen Weiterqualifizierung von ausgewählten Führungskräften der Verwaltung dient.

Whitehall an der Hochschule

Gespräche zur Gesetzesfolgenabschätzung

Um sich beim Vater des „Eich-Tests für Gesetze“ über Gesetzesfolgenabschätzung zu informieren, war eine hochrangige Delegation aus Großbritannien am 24. April 2001 von der Themse an den Rhein gereist. Zusammen mit Dr. Fuchs vom Bundesinnenministerium informierten sich die Gäste aus dem 'Cabinet Office', dem Pendant zum deutschen Kanzleramt, zunächst umfassend über die Arbeit der Hochschule und des FÖV, bevor Phil W. Owen, der Leiter der 'Regulatory Impact Unit' (RIU) sein Ressort kurz vorstellte: Die Aufgabe dieser Sonderabteilung des Cabinet Office ist die



Die Herren Gordon, Church und Owen (v.r.) vom britischen Cabinet Office verfolgen interessiert den Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret Foto: DHV

Sicherstellung größtmöglicher Effizienz staatlicher Regulierungen. Wie Owen erklärte, ist das Hauptziel hierbei die Erarbeitung eines besseren „Politikdesigns“ zur Minimierung unerwünschter negativer Auswirkungen von Regulierungsprozessen.

Daher galt das Hauptinteresse der Delegation auch den Speyerer Forschungen zur Gesetzesfolgenabschätzung. Diese untrennbar mit dem Namen des Speyerer Universitätsprofessors Dr. Carl Böhret verbundene Entwicklung ermöglicht die Analyse von Auswirkungen und

Konsequenzen rechtlicher Regelungen bereits im Voraus. Sie ist daher ein wichtiges Präventivinstrument zur Rechtsoptimierung und Vorschriftenbegrenzung und kann die oft notwendigen Gesetzesnachbesserungen verhindern. Der im Rahmen der Speyerer Forschungen entwickelte „Eich-Test für Gesetze“ wurde erstmals im rheinland-pfälzischen „Waldgesetz“ mit durchschlagendem Erfolg angewandt. Nach den Einführungsvorträgen fand die Londoner Delegation für ihre Fragen kompetente Ansprechpartner neben Böhret in Dr. Götz Konzendorf und Bernhard Theobald, M. A. Das Ergebnis der lockeren und in äußerst freundlicher Atmosphäre ablaufenden Diskussion bezeichneten die Gäste aus London als beeindruckend. Sie zeigten sich davon überzeugt, dass ihnen die in Speyer gesammelten Informationen bei ihrer weiteren Arbeit sehr nützlich sein werden.

dem Erfolg angewandt. Nach den Einführungsvorträgen fand die Londoner Delegation für ihre Fragen kompetente Ansprechpartner neben Böhret in Dr. Götz Konzendorf und Bernhard Theobald, M. A. Das Ergebnis der lockeren und in äußerst freundlicher Atmosphäre ablaufenden Diskussion bezeichneten die Gäste aus London als beeindruckend. Sie zeigten sich davon überzeugt, dass ihnen die in Speyer gesammelten Informationen bei ihrer weiteren Arbeit sehr nützlich sein werden.

Renovierung des alten Wohnheims

Das 1960 errichtete alte Wohnheim der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ist in die Jahre gekommen. Generationen von Hörerinnen und Hörern haben seine 84 Zimmer mit 150 Betten als Bleibe während ihres Studiums gedient. Nun ist seine Substanz verbraucht und eine grundlegende Sanierung ist fällig.

Nach Abschluss des Sommersemesters 2001 wurden die voraussichtlich ein Jahr andauernden Sanierungsarbeiten begonnen, für die über 3 Mio. DM veranschlagt sind.

Bevor sich die Hochschule über diese Modernisierung freuen konnte, galt es zunächst ein wichtiges Problem zu lö-

sen: Wohin sollen die im Wohnheim untergebrachten Hörerinnen und Hörer während der Sanierungsarbeiten ausweichen?

In einem Pressegespräch mit Ortstermin richtete der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, daher am 24. Juli 2001 zusammen mit Hörsprecherin Kerstin Kern einen dringenden Hilferuf an die Bürgerinnen und Bürger von Speyer. Mit Erfolg! Über 30 leerstehende Wohnungen und Zimmer konnten neu in die Zimmervermittlungsdatei der Hochschule aufgenommen werden. Bei dieser Gelegenheit wurde das Verzeichnis gleichzeitig auch internettauglich gemacht, so dass

die Hörer nun nach Erhalt eines Passworts selbst Unterkünfte recherchieren können. Die gute Funktionsweise der Vermittlungsdatei lobten stellvertretend für die Gruppen der Vermieter und Mieter bei dem Pressegespräch Karola Pfeiffer und Andrea Hock.

Einen weiteren Hilferuf richtete die Hochschule an die Stadt Speyer, die einen Kontakt zur Gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH Speyer GEWO vermittelte. Auch hier waren die Bemühungen der Hochschulverwaltung erfolgreich: Insgesamt konnten 15 größere Wohnungen für die Bildung von Wohngemeinschaften angemietet werden.

Die Hochschule in Berlin und Brüssel

Im vergangenen Jahr bot die Hochschule im Rahmen der Reihe „Wettbewerb der Europäischen Regionen“ deutschen Verwaltungen Gelegenheit, Beispiele erfolgreicher Regionalförderung vor Ort kennenzulernen. In diesem Sommer ging die Hochschule in eigener Sache auf Tour und stellte sich und ihr



Die Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Berlin
Foto: John-Koch

Programm in Forschung, Lehre und Weiterbildung Vertretern auf Bundes- und Europaebene vor.

Die erste Präsentation am 20. Juni 2001 fand in Berlin statt. In Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz und dem „Netzwerk Berlin“, ein von 16 Bundestagsabgeordneten der SPD getragener Zusammenschluss jüngerer Menschen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung, lud die Hochschule zu einem Symposium mit anschließendem Parlamentarischem Abend ein. Nicht nur die Teilnehmer – fast hundert Vertreter aus Politik und Verwaltung – auch das zentrale Thema des Symposiums entsprach dem Veranstaltungsort: „Sind Ministerien und Abgeordnete beratungsfähig?“ Nach der Eröffnung durch den Leiter der Landesvertretung, Martin Stadelmeier, und den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, referierten und diskutierten Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber,

der Leiter des Büros des Bundesfinanzministers, Jörg Asmussen, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, DHV Speyer, und Christian Raskop, Referatsleiter Politische Planung/Aufgabenplanung im Bundeskanzleramt zu den Themen „Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik“ sowie „Von Planung zum Themenmanagement? Steuerung politischer Reformen in der Mediengesellschaft“. Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik beleuchtete Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret in seinem Vortrag im Rahmen des Parlamentarischen Abends zum Thema „Wissenschaft und Politikberatung – eine endlose Geschichte?“.

Aufgrund der großen Resonanz in Berlin versprach auch der zweite Parlamentarische Abend am 10. September 2001 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Brüssel zum Thema „Europa auf dem Weg“ ein Erfolg zu werden. Im Mittelpunkt dieser internationalen



Die Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Brüssel
Foto: John-Koch

Veranstaltung, an der weit über hundert Vertreter von Rat, Parlament und Kommission der Europäischen Union, aus Politik, Wirtschaft und Medien teilnahmen, stand zum einen der öffentliche Dienst der Kommission: Aus unterschiedlicher

Perspektive befassten sich Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf und Dr. Martin Terberger von der Generaldirektion Personal mit der Frage, ob es sich bei den Bediensteten tatsächlich um europäische Leistungsträger oder vielleicht mehr um nationale Interessenverwalter handele. In einem zweiten Schwerpunkt diskutierten Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann und Helmut Schmitt von Sydow, Generaldirektion Industrie, den Begriff der European Governance und legten dar, ob der Begriff lediglich eine Worthülse oder ob mit ihm ein konzeptioneller Neuanfang verbunden sei.

Monika John-Koch

Impressum

SpeyerBrief Nr. 21

Sommersemester 2001

Herausgeber: Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-214;

Fax: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@dhw-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm, M.A.

Bearbeitung: Christiane Gerst

Satz und Druck: DHV Speyer, Druckerei Hochschule

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Lenz, DHV, John-Koch, FÖV, Innenministerium Niedersachsen, R. Fisch, Strohm, Bundesanstalt für Arbeit

Titelfoto: Lenz

Wesentliches Reforminstrument ist der Prozess selber Forum Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen V



Über Reformziele Klarheit schaffen: Forum Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen V

Foto: DHV

Wie sollen Personalentwicklungsstrategien aussehen, welchen Nutzen hat IUK für die Verwaltung, eignen sich betriebswirtschaftliche Instrumente für den öffentlichen Sektor und wer sind die Akteure in der strategischen Steuerung? Diese Fragen standen vom 12. bis 14. September im Zentrum des fünften Forums „Erfolgreiche Gestaltung von Modernisierungsprozessen“, an dem unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages 60 Vertreter aller Verwaltungsebenen teilnahmen und sich über Reformprojekte aus deutschsprachigen Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen informierten.

Nach einem Überblick über Möglichkeiten der Selbstbewertung, in dem Professor Dr. Klages auch auf das Gemeinsame Europäische Bewertungssystem (Common Assessment Framework, CAF) einging, stellten Dr. Hans-Otto Tropp aus dem Wetteraukreis und Burkhard Freier vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen mit „Change Management im Gesundheitsamt“ bzw. einer integrierten „Vision 2004“ ganzheitliche Reformansätze vor. Ein vergleichbar ganzheitlicher Ansatz, wenn auch nur im Bereich der Haushaltsrechnung, ver-

folgt Wiesloch, wie der Oberbürgermeister Franz Schaidhammer ausführte: Nach dem in Zusammenarbeit mit der Hochschule entwickelten „Neuen Kommunalen Rechnungswesen“ stehe in einem zweiten Schritt die Einführung eines „Neuen Kommunalen Haushaltswesens“, basierend auf einer Outputorientierung und Nettobudgetierung an.

Dass sich an Reformen nicht nur die „operative“ Ebene, sondern auch Führungskräfte und Politiker aktiv beteiligen müssen, wurde am Vortrag von Dr. Holger Hünemehr, Staatskanzlei Hesse, deutlich: Ein elektronisches Kabinettsinformationssystem (KIS) ermögliche den Zuständigen in den Ministerien den online-Zugriff auf Tagesordnungen und Sitzungsprotokolle, auf Entwürfe und sonstige Vorlagen - ein ähnliches Verfahren, wie es der Leiter des Amtes für Datenverarbeitung der Stadt Salzburg, Dr. Berthold Rauchenschwandter, mit der elektronischen Akte (Digital AKTiv) als verwaltungsinterne Vorgangsbearbeitung vorstellte. Trotz der Unterschiede haben die Konzepte vieles gemeinsam: schnellere Bearbeitungszeit, höhere Aktualität und Transparenz. Um die vorhandenen Potentiale, insbesondere des KIS auch ausschöpfen zu

können, sei es jedoch erforderlich, dass die Kabinettsmitglieder mit dem System arbeiten - dem guten Beispiel des Ministerpräsidenten werde noch zu zögerlich gefolgt, so Hünemehr.

Andere Erfahrungen wurden im Finanzministerium Schleswig-Holstein im Zuge der Aufgabenkritik gemacht: Nach Heidemarie Felgendreher hätten auch die Staatssekretäre ihre Aufgaben kritischer prüfen müssen. Insgesamt habe das Projekt erbracht, dass fast 40 % der Aufgaben reine Querschnittsaufgaben seien - ein für ein Fachministerium erschreckendes Resultat. In Brandenburg wurde die Aufgabenkritik gesetzlich untermauert - das Gesetz über die Grundsätze zur Optimierung der Landesverwaltung und die Vorgabe, 7000 Stellen einzusparen, gab nach Volker Gerd Westphal, Staatskanzlei Brandenburg, den Anstoß für ein „Konzept zur Aufgabenkritik in Brandenburg“. Zwar sei aufgrund des begrenzten Zeithorizontes keine tiefgreifende Aufgabenanalyse möglich gewesen, dennoch habe man Abstand von der „Rasenmähermethode“ nehmen und mittelfristige Planungssicherheit herstellen können.

Schon an dieser Stelle wurde deutlich, dass zwar auch die Ergebnisse der Ver-

waltungsreform zählen, wichtiger sei jedoch der Prozess selber, insbesondere die Einbeziehung der Mitarbeiter und die Möglichkeit, den Weg der Modernisierung eigenständig festzulegen und sich über die Reformziele Klarheit zu verschaffen. In diese Richtung argumentierte Kerstin Schmidt von der Bertelsmann Stiftung in ihrem Bericht über das Kommunale Projekt zum Aufbau einer strategischen Steuerung KOMPASS. Als wesentlich bezeichnete sie die Erarbeitung strategischer Ziele nicht allein durch „die üblichen Verdächtigen“, d.h. vor allem durch die Politik, sondern in Zusammenarbeit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen. Auf die Beteiligung möglichst vieler Bürger baut auch das Projekt „Bürgerhaushalt Rheinstetten“. Zwar sei das Interesse und die Resonanz im ersten Durchlauf nicht so groß wie erhofft, dennoch habe es eine Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen zur Verwendung des Budgets im Sinne einer nachhaltigen Kommunalpolitik gegeben. Der Bürgermeister, Gerhard Dietz, war insoweit auch zuversichtlich, dass die Bürgerbeteiligung bei Vorlage des nächsten Haushalts deutlich ansteigen werde. Tenor beider Vorträge war, dass Staat und Verwaltung als Kooperationspartner stärker auf die Zusammenarbeit verschiedener Akteure bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben setzen (müssen). Auf diese Entwicklung, die auf Bundesebene zur Ergänzung des Verwaltungsverfahrensrechts um ein

Verwaltungskooperationsrecht führen soll, ging Univ.-Professor Dr. Hill ein und legte in seinem Vortrag zum Kooperations- und Netzwerkmanagement Vor- und Nachteile hierarchischer Systeme und Netzwerkstrukturen dar.

Unterschiedliche Lernstrategien in Ausbildung und Beruf beobachtete Dr. Walter Hohmann, Innenministerium Niedersachsen. Während in Schule und Studium Abschreiben nicht erwünscht, ja sogar verboten sei, gelte es nun, im Rahmen von Benchmarking-Projekten genau dies zu verwirklichen: Abkucken beim Besten, „Abkupfern als Tagesgeschäft“. Aus der Erfahrung eines organisatorisch und verwaltungskulturell heterogenen Amtes heraus berichtete Jorge Kühni vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, über weitere Neuerungen im berufsbegleitenden Lernen in Verbindung mit inter- und intranetgestützten Wissensmanagementsystemen.

Auch Kommunen werden zunehmend von einer besonderen Art von „Heterogenität“ geprägt: Im Zuge der Auslagerung und (Teil-)Privatisierung entstehen Trabanten, die jedoch weiterhin von der Kernverwaltung beaufsichtigt und gesteuert werden müssen. Wie wichtig diese „Steuerung im Konzern Stadt“ ist, zeigte Bernd Leippe, Beteiligungsmanagement der Stadt Essen: Die Zahl der in den Beteiligungen der Stadt Essen Beschäftigten liege nur wenig unter der

der Stadtverwaltung selber, die Investitionen seien fast doppelt so hoch. Licht in das Dunkel der Beteiligungen sollen nun u.a. ein eigener Ausschuss, die Aufstellung von Richtlinien und der Abschluss von Zielvereinbarungen bringen – erste Erfolge seien bereits sichtbar.

Verschiedene Maßnahmen der Personalentwicklung auf Bundes- und Landesebene stellten Dr. Siegfried Mauch, Innenministerium Baden-Württemberg, und Beate Raffelsiefen, Bundesministerium des Innern, vor. Auf Bundesebene würde in rechtlicher Hinsicht vor allem Art. 65 Grundgesetz, wonach jeder Minister sein Ressort – einschließlich der Führungskräfte- und Mitarbeiterfortbildung – in eigener Verantwortung leite, eine gemeinsame ressortübergreifende Personalentwicklung erschweren. Daher habe man sich auf Eckpunkte für ein Personalentwicklungskonzept verständigt, deren Umsetzung bei den Ministerien liege und zu unterschiedlichen Maßnahmen geführt habe: Während das Auswärtige Amt nach der „klassischen“ Methode Ergebnisse ausschließlich den bewerteten Führungskräften mitteilte, würden Ergebnisse der Führungskräftebeurteilung im Wirtschaftsministerium auch an die jeweiligen Vorgesetzten weitergeleitet.

Die Vorträge des Forums sind im Internet unter <http://www.dhv-speyer.de/hill/Tagungen-2001/Gestaltung.htm> veröffentlicht.

Haushalts- und Rechnungswesen 2001

Produkte formulieren, Leistungen messen, Ressourcenverbräuche ermitteln

Chancen und Techniken der outputorientierten Ressourcenbudgetierung standen im Mittelpunkt des Forums Haushalts- und Rechnungswesen 2001. Unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder tauschten über 150 Tagungsteilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik vom 19. bis 21. September 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer ihre Erfahrungen mit leistungsbezogener Planaufstellung und ressourcen-orientierter Bewirtschaftung aus und diskutierten Entwicklungsperspektiven. Die Umgestaltung des Haushalts durch Einbeziehung von Informationen über zu erbringende Leistungen und deren Verknüpfung mit Informationen über die Kosten war ein zentrales Element der Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens. In Zukunft sollen

Haushaltspolitik und Haushaltsvollzug näher an die zu erbringenden Leistungen herangebracht werden.

Als praktische Beispiele für den derzeitigen Stand dieser Umgestaltung wurden die nordrhein-westfälische Polizei, das hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen und die Stadt Wiesloch detailliert vorgestellt. Einen interessanten Blick in die Schweiz eröffnete der Beitrag des Leiters des Reformstabes des Kantons Zürich, Dr. Peter Grünenfelder, der das Fünf-Ebenen-Modell seines Heimatkantons vorstellte. Daneben gab es zahlreiche Beiträge weiterer hochkarätiger Referenten, darunter der Präsident des Berliner Landesrechnungshofes Prof. Dr. Jens Harms, der Hamburger Senatsdirektor Hans Altendorf und der St. Gallerer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Kuno Schedler.

Shamba verdeutlichte Dynamik von Entscheidungslagen

Über mangelndes Interesse konnte sich die von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch geleitete Fortbildungsveranstaltung zu Politisch-administrativem Denken und Handeln vom 4. bis 7. September 2001 nicht beklagen: Es waren wesentlich mehr Anmeldungen in dem Tagungsbüro eingegangen als überhaupt Teilnehmern Plätze zur Verfügung standen, so dass einige Interessierte auf das nächste Jahr vertröstet werden mussten. Die Veranstaltung richtete sich speziell an Behördenleiter, Abteilungsleiter und Referatsleiter, die für die Bearbeitung komplexer Aufgaben an der Schnittstelle von Politik und Administration verantwortlich sind.

Politisch-administratives Denken und Handeln erfordert auch in schwierigen Entscheidungslagen die Verarbeitung von Informationen aus einem dynamischen Geschehen und deren Nutzung für Entscheidungen. Hierbei gilt es, strategisch und in vernetzten Bezügen zu denken und zu handeln. Um wir-

kungsvoll handeln zu können, werden Instrumente und spezifische Techniken zur Problembearbeitung und Entscheidung benötigt.

Diese Techniken vermittelte Univ.-Professor Dr. Fisch von der DHV Speyer in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Siegfried Streufert von der Pennsylvania State University den Teilnehmern an dieser Fortbildungsveranstaltung.

Anhand des computergestützten Regierungsplanspiels Shamba wurden dazu Struktur und Dynamik von komplexen, politisch-administrativen Entscheidungslagen in verschiedenen Kleingruppen bearbeitet. Eine datengestützte Rückmeldung über die verschiedenen Entscheidungsverläufe erlaubte es dann, ein differenziertes Bild von der Aufgabenbearbeitung zu zeichnen und Aussagen über Erfolg und Scheitern von eingesetzten Handlungsstrategien zu liefern.

Bankensystem und Bankenaufsicht vor den Herausforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion

Weitreichende Veränderungen auf den Finanzmärkten, die mit dem Globalisierungsprozess einhergehen, stellen weltweit die Aufsichtsbehörden vor Probleme, die nur mit neuen Strategien gelöst werden können. Diese müssen auf die Internationalisierung der Bankwirtschaft und auf die Veränderungsbedarfe der Finanzaufsicht ausgerichtet werden. Dabei spielt auch die Frage nach der Reichweite staatlicher Modernisierung im Aufsichtssektor eine entscheidende Rolle. Dies bestätigt der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur integrierten Finanzaufsicht vom 15. August 2001. Er will das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, die Versicherungsaufsicht und die Aufsicht über den Wertpapierhandel zu einer selbständigen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verschmelzen und die bisher getrennten Aufsichtsbehörden zusammenführen. Mit dieser Entwicklung sind zugleich weitreichende Änderungen der Aufsichtsstruktur verbunden.

Das Speyerer Wirtschaftsforum „Bankensystem und Bankenaufsicht vor den Herausforderungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“, das vom 26. - 28. September 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas stattfand, griff die Thematik auf. Zunächst sprach zur Einführung Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Stober, Ge-

schäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaft der Universität Hamburg, über „Wirtschaftsaufsicht und Bankenaufsicht“. Anschließend skizzierte Dr. Bernhard Speyer, Deutsche Bank AG, die Internationalisierung des Bankgeschäfts mit ihren Auswirkungen auf die Bankenaufsicht. Die Folgen der Internationalisierung für die kleinen und mittelständischen Banken analysierte dann Gerhard Braun, Vorstandssprecher der Volks- und Raiffeisenbank Speyer.

Der zweite Tag widmete sich der Internationalisierung der Bankenaufsicht. Die neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarungen und ihre Bedeutung für das Bankgeschäft bilden den Ausgangspunkt im Vortrag von Wirtschaftsprüfer und Steuerberater H. Kessel. Im Verbund damit und zugleich als Folge der sichtbaren „Europäisierung“ des Kapitalmarktes stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit einer europäischen Aufsichtsinanz. Diese kann nur auf der Grundlage einheitlicher Aufsichtsprinzipien funktionieren. Daher hat die Europäische Gemeinschaft für eine Anpassung der nationalen Aufsichtsstandards und -methoden zu sorgen. Damit geht der Verlust nationaler Regelungsautonomie einher. Das Thema „Bankenaufsicht in der Politik der EU-Kommission“, über das Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas ausführlich referierte, wandte sich daher den entsprechenden Regelungsinitiativen zu.

Einen Blick nach Fernost eröffneten Prof. Dr. Koichiro Agata von der Waseda Universität Tokio und Prof. Dr. Dr. Jong Hyun Seok von der Dongguk Universität in Seoul. Sie erklärten die Entwicklungen und Veränderungen des Bankensystems und der Bankenaufsicht in ihren Staaten. Am Abend beleuchtete dann anlässlich eines Empfangs der Volks- und Raiffeisenbank in Speyer der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Hans-Artur Bauckhage, die politischen Implikationen der beabsichtigten Regelungen näher.

Der letzte Tag widmete sich der Diskussion um die neue Bankenaufsichtsstruktur. Einleitend hierzu leuchtete Wolfgang Artopoeus, ehemaliger Präsident des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen, die Zukunft der Bankenaufsicht aus. Das Referat von Hans-Jürgen Koebnik, Präsident der LZB Rheinland-Pfalz, machte deutlich, dass dabei unterschiedliche Akzente im Verhältnis zu den Landeszentralbanken nicht auszuschießen sind. Schließlich ging Prof. Dr. Ludwig Gramlich von der TU Chemnitz auf die rechtswissenschaftlichen Erfordernisse der neuen Bankenaufsichtsstruktur ein.

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion, an der Vertreter aus dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und aus dem Bundesfinanzministerium teilnahmen.

Publikationen

Schriftenreihe

- 143 Detlef **Merten** (Hrsg.), Der Bundesrat in Deutschland und Österreich, Berlin 2001.
- 144 Jan **Ziekow** (Hrsg.), Planung 2000 - Herausforderungen für das Fachplanungsrecht, Vorträge auf den Zweiten Speyerer Planungsrechtstagen vom 29. bis 31. März 2000 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2001.
- 145 Karl-Peter **Sommermann** (Hrsg.), Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung, Beiträge zu einem Forschungssymposium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer, Berlin 2001.
- 146 Thorsten **Siegel**, Die Verfahrensbeteiligung von Behörden und anderer Träger öffentlicher Belange. Eine Analyse der rechtlichen Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung der Beschleunigungsgesetzgebung, Berlin 2001.
- 147 Hans Herbert **von Arnim** (Hrsg.), Politische Klasse und Verfassung, Beiträge auf der 4. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2000 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2001.

Vorträge

- 62 Heiner **Bartling**, Staatsmodernisierung und Verwaltungsreform - die nächsten Schritte, Eröffnung des Sommersemesters 2001, Speyer 2001.
- 63 Carl **Böhret**, Politikfunktionen während der transindustriellen (R)evolution, Abschiedsvorlesung im Sommersemester 2001 verbunden mit der Verleihung der Hochschulmedaille an Dr. Hans-Wolfram Wilde und Verabschiedung von Honorarprofessor Gerhard Banner aus der aktiven Lehrtätigkeit, Speyer 2001.
- 64 Dorothee **Dzwonnek**, Ist Hochschulplanung noch zeitgemäß?, Abendvortrag im Sommersemester 2001 verbunden mit der Verleihung der Hochschulmedaille an Professor Dr. Herbert Petzold und Verabschiedung von Honorarprofessor Dr. Heribert Bickel aus der aktiven Lehrtätigkeit, Speyer 2001.

Arbeitshefte

- 134 Rudolf **Fisch**/Hermann **Hill**, Personalmanagement der Zukunft. Person - Team - Organisation, Speyer 2001.
- 135 Ulrich **Kriese**, Computergestützte Kommunikation in Organisationen. Chancen und Probleme, Speyer 2001.
- 136 Klaus **Lüder**, Research in comparative governmental Accounting over the last Decade - Achievements and Problems -, Speyer 2001.
- 137 Gisela **Färber**/**Sandra Renn**, Reformen der öffentlichen Haushalte in Deutschland: Grundideen, Erfolge und Defizite, Speyer 2001.
- 138 Marion Weschka, Internationale Standards zur Bioethik: Handlungsbedarf für die Bundesrepublik Deutschland, Speyer 2001

Personalia in der Zeit vom 1. April bis 30. September 2001

a) Einstellungen

- 17.04.01 Dr. Klauspeter Strohm, M. A., Referent für Information und Kommunikation
- 07.05.01 Beate Uppenthal, Verwaltungsangestellte
- 16.05.01 Dipl.-Politologin Thomas Knoll, Wiss. Mitarbeiter beim FKS
- 01.07.01 Stephanie Ihringer, M. A., Wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill
- 01.08.01 Harald Koch, Verwaltungsarbeiter
- 01.09.01 Anna Ritter, Verwaltungsangestellte
- 03.09.01 Rechtsassessorin Antje Draheim, Wiss. Mitarbeiterin beim FKS
- 17.09.01 Dipl.-Kaufmann Alexander Hewer, Wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder

b) Ausscheiden

- 30.04.01 Regierungsrätin Sabine Brieger, Leiterin der Abt. 1 der Verwaltung
- 15.05.01 Rechtsassessor Stephan Wrona, Mag. rer. publ., Wiss. Mitarbeiter beim FKS
- 30.06.01 Andrea Mutzbauer, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf
- 06.07.01 Dipl.-Politologin Thomas Knoll, Wiss. Mitarbeiter beim FKS
- 31.07.01 Beate Uppenthal, Verwaltungsangestellte
- 31.07.01 Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Kathrin Schwalb, Lic. oec. int., Referentin für das Ausländer-(Aufbau-)Studium
- 14.09.01 Dipl.-Kaufmann Berit Meyer, Wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder
- 22.09.01 Gerlinde Gebus, Bibliotheksangestellte

c) Dienstjubiläen

- Gabriele Dennhardt, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, feierte am 01.04.01 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.
- Doris Leone, Hausmeisterin, feierte am 01.07.01 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.


FORSCHUNGSINSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

BEI DER DEUTSCHEN HOCHSCHULE FÜR VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN SPEYER

Zur gegenwärtigen Lage

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV) ist die einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik, die sich mit anwendungsorientierter Grundlagenforschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften befasst. Das Institut wurde 1976 als organisatorisch selbständige, aber weitgehend in die Verwaltungs-, Service- und Bibliotheksleistungen der Hochschule integrierte Einrichtung im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten (Staatskanzlei) des Landes Rheinland-Pfalz gegründet. Gesetzliche Aufgabe des Instituts ist die Forschung im Bereich der Verwaltungswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Aufgaben und Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung. Die Vielfalt der Verwaltungsforschung spiegelt sich in den am Institut vertretenen Fächern (Verwaltungswissenschaft im engeren Sinne sowie Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Politik- sowie Geschichtswissenschaften) wider. Als Einrichtung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse wurde das FÖV in die gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern gemäß Art. 91b GG aufgenommen (sog. „Blaue Liste“); es ist Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Das Forschungsinstitut befindet sich gegenwärtig in einem Prozess der Umstrukturierung, der im Jahr 1999 eingeleitet wurde, um die Rolle des Instituts als „Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung“ zu stärken. Neben einer Schärfung des Forschungsprofils des Instituts zielt die Umstrukturierung auf eine stärkere Einbindung externen verwaltungswissenschaftlichen Sachverständigen, d.h. auf eine Öffnung des Instituts für auswärtige Mitglieder aus dem In- und Ausland. Akademieähnliche Elemente haben Einzug in die Organisation und die Arbeit des Instituts gehalten, etwa die Schaffung korrespondierender Mitgliedschaften oder die

Einrichtung von Arbeitskreisen. Die inhaltliche Neuorientierung kommt strukturell in den drei neu eingerichteten Sektionen des Instituts zum Ausdruck, denen drei Forschungsschwerpunkte entsprechen: „Modernisierung in Staat und Verwaltung“, „Verwaltung in der Mehrebenenpolitik“ und „Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft“.

Die für die Umstrukturierung notwendigen Änderungen der Rechtsgrundlagen konnten im laufenden Jahr mit dem In-Kraft-Treten der neuen Institutsordnung abgeschlossen werden und müssen nun mit Leben erfüllt werden. Im 25. Jahr seines Bestehens, welches das Forschungsinstitut im Oktober dieses Jahres mit einer Jubiläumsveranstaltung zum Thema „Perspektiven der Verwaltungsforschung“ beging, kann sich das Institut auf erneuerter Rechtsgrundlage den Aufgaben der Zukunft stellen. Zwei Begriffe kennzeichnen diese Herausforderungen: „Interdisziplinarität“ und „Internationalität“.

Was die Interdisziplinarität der Institutsforschung angeht, so bestehen hierfür wegen der am Institut vertretenen Fächervielfalt hervorragende Möglichkeiten, die schon immer intensiv und gewinnbringend genutzt worden sind. Nicht von ungefähr hebt die neue Landesverordnung über das FÖV unter den Aufgaben des Instituts die Durchführung fächerübergreifender Forschungsvorhaben besonders hervor.

Auch das Merkmal der Internationalität der Institutsforschung findet seit neuestem ausdrücklich Niederschlag in der Landesverordnung über das FÖV. Danach zählt es zu den Aufgaben des Forschungsinstituts, zur Förderung der Verwaltungsforschung die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen zu pflegen. Auch hierbei handelt es sich freilich nicht um eine Neuerung. Das Institut unterhält seit jeher vielfältige Beziehungen zu europäischen und außer-europäischen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Kooperationsbeziehungen bestehen etwa mit der Na-

tional Academy for Public Administration (NAPA), Washington/USA, mit der Escola d'Administració Pública de Catalunya, Barcelona/Spainien, mit der Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation, Moskau/Russland sowie mit den Universitäten Woronesh und St. Petersburg, Russland. Darüber hinaus lädt das FÖV regelmäßig qualifizierte (promovierte) deutsche und ausländische Wissenschaftler, die sich mit Verwaltungsforschung beschäftigen, für einen Aufenthalt als Gastforscher an das Institut ein.

Einen ersten Einblick in die Vielfalt der aktuellen Tätigkeiten des Instituts, dem gegenwärtig 21 Professoren als Ordentliche Mitglieder und durchschnittlich 25 Nachwuchswissenschaftler angehören, vermitteln die nachfolgenden Berichte. Besonders hervorgehoben sei der im Betrachtungszeitraum durch praktische Schritte eingeleitete Ausbau der Service-Elemente, die selbsttragend finanziert werden und den Forschungskern des Instituts unangetastet lassen sollen. Neben der bereits seit einigen Jahren in der Praxis bewährten „Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern“ (WiDuT) ist auf die „Arbeitsstelle für Verwaltungsbefragung“ und die „Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement“ hinzuweisen. Die Gemeinschaftsstelle, die sich derzeit in Gründung befindet, soll auf ihrem Arbeitsgebiet wissenschaftliche Transferleistungen für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erbringen, Forschungsprojekte vorbereiten und Leitlinien für ein modernes Wissenschaftsmanagement sowie für Reformen des Wissenschaftsrechts erarbeiten.

Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow

Neuer Direktor am FÖV



Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow
Foto: Privat

Am 13. August 2001 hat Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht an der Hochschule Speyer, die Leitung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung übernommen. Er löst den bisherigen Direktor des Instituts, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, ab, der das Amt zwei Jahre inne hatte und nun Ziekows Stellvertretung übernommen hat.

Amtswechsel im Wissenschaftlichen Beirat des FÖV

Der langjährige Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Gerd Roellecke, Universität Mannheim, hat zur Jahresmitte sein Amt niedergelegt. Dem Beirat will er noch bis zum Jahresende angehören. In seiner Sitzung am 25. Mai 2001 wählte der Wissenschaftliche Beirat Univ.-Prof. Dr. Hans Peter Bull, Universität Hamburg, zu Roelleckes Nachfolger.

An der Beiratssitzung nahm zum ersten Mal Univ.-Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg, teil, der im April 2001 von der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei in den Beirat berufen worden war. Gemäß § 5 der Landesverordnung über das FÖV obliegt dem Wissenschaftlichen Beirat, der aus fünf dem Forschungsinstitut nicht angehörenden Wissenschaftlern besteht, die wissenschaftliche Begleitung und die Unterstützung von Evaluierungen des Instituts.

Forschungskolloquium im Sommersemester 2001

Das Forschungskolloquium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, in dem Thesen und vorläufige Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des Instituts zur Diskussion gestellt werden, stand im Sommersemester 2001 unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim.

Für einen Gastvortrag konnte Univ.-Prof. Dr. Hans-Ulrich Derlien, Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft an der Universität Bamberg, gewonnen werden. Er sprach zum Thema „Politisierung des öffentlichen Dienstes?“.

Personalia:

Neue Mitarbeiter am FÖV

- 1.5.2001 Dipl.-Soziologin Brigitte Jahn-Zimmermann; Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Färber, Univ.-Prof. Dr. Fisch, Univ.-Prof. Dr. Jansen
- 1.9.2001 Assessorin Alexandra Unkelbach; Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Sommermann
- 1.9.2001 Assessor Martin-Peter Oertel, Mag. rer. publ.; Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 1.9.2001 Assessor Alexander Windoffer; Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Ziekow

Ausgeschiedene Mitarbeiter des FÖV

- 30.6.2001 Stephanie Ihringer; Forschungsreferentin; Univ.-Prof. Dr. Hill
- 30.6.2001 Dr. Hans-Christof Kraus; Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Sommermann
- 31.7.2001 Assessor Kai-Olaf Jessen; Forschungsreferent; Univ.-Prof. Dr. Hill

Gastforscher am FÖV

- Dr. Manit Wongsaree, Thailändischer Staatsrat Bangkok/Thailand (Univ.-Prof. Dr. Prof. Sommermann) in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 2001
- Prof. Dr. Kil-Yong Park, Semjung-Universität Chungbuk/Korea (Univ.-Prof. Dr. Pitschas) in der Zeit vom 12. Juni bis 30. August 2001
- Prof. Arthur B. Gunlicks, Ph.D., University of Richmond, USA (Univ.-Prof. Dr. Sommermann) in der Zeit vom 29. Juli bis 10. August 2001
- Prof. Dr. Ignacio Torres Muro, Universidad Complutense de Madrid/Spanien (Univ.-Prof. Dr. Sommermann) in der Zeit vom 28. August bis 5. September 2001
- Prof. Dr. Ricardo Garcia Macho, Universität Castellon/Spanien (Univ.-Prof. Dr.) in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 2001
- Dr. Tamara Syschtschikowa, Universität Woronesh/Russland (Univ.-Prof. Dr. Sommermann) in der Zeit vom 3. bis 22. September 2001
- Dr. Jurij Astafjew, Universität Woronesh/Russland (Univ.-Prof. Dr. Sommermann) in der Zeit vom 3. bis 22. September 2001
- Dr. Maja Kopaleischwili, Verfassungsgericht Tbilissi/Georgien (Univ.-Prof. Dr. Sommermann) in der Zeit vom 5. September bis 5. Dezember 2001

Arbeitskreis „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ erfolgreich abgeschlossen

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. König formierte sich zu Beginn des Jahres 1999 am Forschungsinstitut ein Arbeitskreis aus Speyerer Professoren und auswärtigen Kollegen. Der Arbeitskreis „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“ stellte sich zwei Aufgaben:

Zum einen ging es in interdisziplinärer Betrachtungsweise um eine Standortbestimmung der verwaltungswissenschaftlichen Forschung über die öffentliche Verwaltung zur Jahrhundertwende. Hierbei wurden methodische Ansätze, Wissenschaftsprobleme und Ergebnisse der Verwaltungsforschung diskutiert.

Zum anderen sollte der Arbeitskreis als Forum zur Präsentation einschlägiger Forschungsprojekte über die Verwaltung im Wandel dienen, und zwar in den verschiedenen internen und externen Handlungsphären, so etwa vom Wandel der Verwaltungsaufgaben bis hin zur Verwaltung in der Informationsgesellschaft.

4. Prof. Dr. Hans-Ulrich Derlien, Universität Bamberg
5. Prof. Dr. Rudolf Fisch, DHV Speyer
6. Prof. Dr. Stefan Fisch, DHV Speyer
7. Prof. Dr. Dieter Grunow, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
8. Dr. Katharina Holzinger, Max-Planck-Gruppe Gemeinschaftsgüter, Bonn
9. Prof. Dr. Werner Jann, Universität Potsdam
10. Prof. Dr. Helmut Klages, DHV Speyer
11. Prof. Dr. Dr. Klaus König, DHV Speyer
12. Prof. Dr. Klaus Lüder, DHV Speyer
13. Prof. Dr. Christoph Reichard, Universität Potsdam
14. Prof. Dr. Heinrich Reinermann, DHV Speyer
15. Dr. Stephanie Reulen, Universität Konstanz
16. Prof. Dr. Gerd Roellecke, Universität Mannheim
17. Prof. Dr. Michael Ruck, Universität Flensburg
18. Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Universität Konstanz
19. Prof. Dr. Dr. Heinrich Siedentopf, DHV Speyer
20. Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, DHV Speyer
21. Prof. Dr. Hellmut Wollmann, Humboldt-Universität zu Berlin

Im Verlaufe der Sitzungen des Arbeitskreises wurden zum Stand der Verwaltungsforschung 11 Teilthemen behandelt und zur Verwaltung im Wandel 15 Projekte präsentiert und diskutiert. In seiner letzten Sitzung am 4./5. Mai 2001 behandelte der Arbeitskreis zum Stand der Verwaltungsforschung abschließend die Themen „Reformdiskurse, Veränderungszyklen und Modernisierungsbewegungen in der Verwaltungspolitik“ und „Strategiefähigkeit verwaltpolitischer Akteure“.

Foto: FÖV

Mitglieder des Arbeitskreises bei der 5. und letzten Sitzung im Mai 2001, v. l. n. r.: Prof. Dr. Ruck; Prof. Dr. Bull; Prof. Dr. Lüder; Prof. Dr. Wollmann; Prof. Dr. Reichard; Prof. Dr. Grunow; Prof. Dr. Jann; Prof. Dr. Dr. König; Prof. Dr. Benz; Dr. Reulen; Prof. Dr. Sommermann; Prof. Dr. Roellecke; im Hintergrund: Dipl.-Verw. Wiss.'in Füchtner, Thüringisches Innenministerium, als Gast; Prof. Dr. Dr. h. c. Siedentopf; Prof. Dr. Reinermann; Prof. Dr. Seibel

Die Mitglieder des Arbeitskreises trafen sich unter der Leitung von Prof. König jeweils im Frühjahr und Herbst im Speyerer Forschungsinstitut. Im Mai 2001 fand schließlich die 5. und letzte Sitzung des Arbeitskreises statt.

Der Arbeitskreis setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

1. Prof. Dr. Arthur Benz, Fernuniversität Hagen
2. Prof. Dr. Carl Böhret, DHV Speyer
3. Prof. Dr. Hans Peter Bull, Universität Hamburg

Zur Verwaltung im Wandel wurden die letzten drei Projekte vorgestellt, und zwar „Wandel verwaltpolitischer Leitbilder“, „Verwaltung in der Informationsgesellschaft“ und „Verwaltung in der europäischen Integration“.

Die Ergebnisse des von der Thyssen-Stiftung geförderten Arbeitskreises sollen publiziert werden. Mit dem Abschluss der Redaktionsarbeiten ist gegen Ende des Jahres zu rechnen.

Vom Nutzen hilfreicher Bekannter

Notiz zum Projekt „Betriebsgründungen, Wirtschaftsförderung sowie Wissenschafts- und Technologietransfer im Ruhrgebiet“ (Survival)

Theoriemodell des Survival-Projektes

Von Betriebsgründungen werden positive Impulse für den Strukturwandel von Regionen erwartet. Fragestellung des Projektes ist es daher, welche Faktoren den Erfolg von Betriebsgründungen im Ruhrgebiet beeinflussen und wie Gründungen auf die Region zurück wirken (vgl. Abbildung).

Empirische Antworten auf offene Fragen

Inzwischen konnten 347 Gründerinnen und Gründer des Jahres 1994 aus den Kammerbezirken Dortmund und Essen befragt werden. Die Angaben werden laufend um Daten der amtlichen Statistik erweitert, die wir den Betrieben kleinräumig zugeordnet haben. Zusammenfassende Analysen dienen dazu, die Breite der erhobenen Daten zu strukturieren. Inzwischen konnten auch spezifische Fragestellungen von sowohl theoretischer als auch praktischer Relevanz untersucht werden.

Die bereits vorliegenden Analysen zum Sozialkapital deuten darauf hin, dass der Erfolg neu gegründeter Betriebe hinsichtlich Bestand, Wachstum und Innovativität von komplexen Wirkungszusammenhängen abhängt. Es zeigt sich beispielsweise, dass die Größe und Dichte von sozialen Netzwerken keineswegs immer positiv auf die Entwicklung der Betriebe wirkt. Eine ereignisanalytische Auswertung des Eintritts von Erfolg versus Misserfolg zeigt, dass nur bestimmte Netzwerkmerkmale für den Gründungserfolg förderlich sind. Werden die Gründerinnen und Gründer in erster Linie durch Personen

unterstützt, die sich untereinander sehr gut kennen, kann dies gar zu einem erhöhtem Risiko führen, zu scheitern. Eine breite Unterstützung durch verschiedene Personengruppen ist hingegen förderlich.

Nicht jeder Helfer hilft gleich

Die Auswertung der Fragen zu in Anspruch genommenen Beratungsleistungen deutet in eine ähnliche Richtung. Auch hier kann nicht von dem einfachen Zusammenhang ausgegangen werden, dass mehr Beratung immer förderlich sein muss. Genauere Analysen werden weiter absichern, welcher Informationstransfer von Beratungsinstitutionen günstige Wirkungen zeigt.

Derzeit werden die Daten hinsichtlich weiterer Fragestellungen ausgewertet und die Ergebnisse zusammengetragen. Gespräche mit Experten werden weitere Aspekte des Gründungsgeschehens erklären helfen. Auf der Projekthomepage (<http://foev.dhv-speyer.de/Survival>) finden sich laufend aktualisierte Informationen zum Stand des Projektes. Unter dem Menüpunkt „Publikationen“ lassen sich die aus dem Projekt hervorgegangenen Arbeiten abrufen.

Das Projekt wird durch eine Sachmittelbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen / Dr. Heike Grimm / Dipl.-Soz. Mike Weber
Laufzeit: 1.7.1999 - 30.6.2001; verlängert bis 14.2.2002

Neuere Ansätze parlamentarischer Steuerung und Kontrolle Forschungsprojekt „Parlamentarische Steuerungsordnung“ erfolgreich abgeschlossen

Die Rolle der Landesparlamente neu zu definieren, ihnen eine größere Einflussnahme auf die Inhalte und Ziele der Politik zu ermöglichen und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesparlament neu zu bestimmen, waren die Ziele des Forschungsprojektes „Parlamentarische Steuerungsordnung“, das seit Juni 1999 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer durchgeführt und im Juli dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen wurde.

In den vergangenen Jahren waren in der Kommunalverwaltung, aber auch in den Ministerien Elemente des sogenannten Neuen Steuerungsmodells, wie beispielsweise die Kosten-/Leistungsrechnung oder die Budgetierung, eingeführt worden. Diese berührten auch die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung. Deshalb erschien es nötig, sich Gedanken über ein rechtliches Instrumentarium, ein Rahmengesetz, zu machen, das die Kontrolle und Steuerung der Regierung durch den Landtag neu regelt.

Der Projektbearbeiter Assessor jur. Kai-Olaf Jessen legte vor kurzem mit seinem Abschlussbericht die Ergebnisse des in den Ländern auf erhebliches Interesse gestoßenen Projektes vor. Dieses Interesse wurde vor allem auch durch die große Anzahl an Teilnehmern bei der im Herbst 2000 in Speyer durchgeführten For-

schungstagung „Parlamentarische Steuerungsordnung“ deutlich. Zahlreiche Angehörige von Ministerien und Regierungen, Wissenschaftler verschiedener deutscher Universitäten, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der Rechnungshöfe hatten den Weg nach Speyer gefunden. Ebenso Teilnehmer aus Österreich und der Schweiz. An zwei Tagen widmeten sich die Tagungsgäste unter anderem der Frage, ob es sich empfiehlt, die Befugnisse des Parlaments in verschiedenen Bereichen neu zu regeln und diskutierten intensiv über die Frage der Normierung einer Parlamentarischen Steuerungsordnung. Die Referate und Diskussionen dieser Tagung sind dokumentiert in Band Nr. 220 der Reihe „Speyerer Forschungsberichte“.

Der Abschlussbericht des Projektbearbeiters ist unter dem Titel „Neuere Ansätze parlamentarischer Steuerung und Kontrolle“ in der Reihe „Speyerer Forschungsberichte“ als Band Nr. 223 erschienen.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Assessor Kai-Olaf Jessen

Sektion I: Modernisierung in Staat und Verwaltung
Laufzeit: 1.6.1999 bis 31.7.2001

9. WiDuT – Arbeitstagung Verwaltungsmodernisierung Evaluation und verwaltungspolitische Folgerungen

Die Verwaltungsmodernisierung auf staatlicher Ebene ist in eine neue Phase eingetreten. In etlichen Ländern wird eine Evaluation des bisherigen Modernisierungsprozesses angestrebt. Dieses Bestreben wurde von der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung aufgegriffen und unterstützt, indem eine Tagung zum Thema „Verwaltungsmodernisierung: Evaluation und verwaltungspolitische Folgerungen“

durchgeführt wurde. Die Tagung fand am 2. und 3. Juli unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Carl Böhrer und Dr. Götz Konzen-dorf statt. Ziel war es, 1. einen Überblick über bisherige Evaluationserfahrungen zu gewinnen (u.a. durch Berichte der Teilnehmer über kommunale, staatliche und internationale Evaluationsergebnisse); 2. methodische Aspekte der Evaluation zu diskutieren, um daraus für anstehende Evaluationen zu lernen; 3. aus den bisherigen

Evaluationsergebnissen Schlussfolgerungen für die Steuerung der Modernisierungsprozesse zu ziehen.

Alle drei Zielsetzungen konnten bei der Veranstaltung behandelt werden, wobei Vertiefungen einzelner Aspekte von Teilnehmern gewünscht wurden- dies soll Gegenstand einer weiteren WiDuT-Arbeitstagung sein.

**Solidarität in der Europäischen Union –
Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung
„Der rechtliche Rahmen für die Verwaltung und Finanzierung der gemeinschaftlichen
Strukturfonds am Beispiel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“**

Die Förderung aus den Strukturfonds der EU soll den Entwicklungsrückstand der am stärksten benachteiligten Regionen der Europäischen Union verringern und außerdem Gebiete unterstützen, die von wirtschaftlichen Umwandlungsprozessen schwer betroffen sind. Die meisten Mittel werden dabei vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt. Für den Förderzeitraum 2000-2006 sind die Strukturfonds mit 195 Mrd. Euro ausgestattet. Dies entspricht etwa einem Drittel der Gesamtausgaben der Europäischen Union.

Im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses ist die Bedeutung der Strukturfonds ständig gewachsen. Jede Erweiterung der Gemeinschaft war auch mit einer Zunahme des regionalen Entwicklungsgefälles verbunden. Die auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ausgerichtete Förderung aus den Strukturfonds leistet einen Beitrag dazu, dass sich die Vorteile des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion auch zugunsten der weniger wettbewerbsfähigen Regionen in der Gemeinschaft auswirken und stärkt damit den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union.

Eine systematische Darstellung und Klärung der rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Verwaltung und Finanzierung der Strukturfonds ist auch für die deutschen Verwaltungen von besonderem Interesse. Dies ergibt sich aus der erheblichen finanziellen Bedeutung der Strukturfonds vor allem für die neuen Bundesländer sowie aus der Notwendigkeit, eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung der

Strukturfondsmittel im gemeinsamen Interesse von Gemeinschaft, Mitgliedstaaten und Unionsbürgern sicherzustellen.

Einige wichtige Zwischenergebnisse des Projekts lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Entsprechend den vertraglichen Vorgaben wurden die Hilfen der Strukturfonds im laufenden Förderzeitraum 2000-2006 zu mehr als 2/3 auf die am stärksten benachteiligten Regionen konzentriert. Ferner wurde die wirtschaftliche und soziale Situation in den Mitgliedstaaten und deren Regionen als entscheidendes Kriterium sowohl für die Aufteilung der Strukturfondsmittel als auch für die Festlegung der Strukturfördergebiete herangezogen. Eine Abkehr von der Förderung nach dem Gießkannenprinzip konnte dadurch bewirkt werden, dass die Zahl der aus den Strukturfonds finanzierten Programme deutlich reduziert wurde. Damit die Strukturfondsgelder tatsächlich einen zusätzlichen Effekt für die regionale Entwicklung erzielen, sind die Mitgliedstaaten grundsätzlich verpflichtet, ihre eigenen Ausgaben zur Entwicklung der Fördergebiete mindestens in bisheriger Höhe aufrechtzuerhalten.

Das Vertragsrecht weist die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten als gemeinsame Aufgabe zu. Deshalb planen und finanzieren sie in enger Kooperation mehrjährige Programme, die für den gesamten Förderzeitraum gelten und alle grundlegenden Fragen für die Strukturfondsförderung in einem Fördergebiet regeln. Die Details der Programme werden von dem einzelnen Mitgliedstaat selbst festgelegt. In den Prozess von Planung und Um-

setzung werden verstärkt weitere wichtige gesellschaftliche Akteure einbezogen. Beteiligt werden nicht mehr nur die betroffenen Regionen, sondern zunehmend auch Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Umwelt- und Gleichstellungsfragen befassen.

Die Verwaltung der Strukturfonds muss in voller Übereinstimmung mit Recht und Politik der Gemeinschaft erfolgen. Deshalb wurden die Fördergebiete der Strukturfonds und die Fördergebiete für staatliche Regionalbeihilfen weitgehend aneinander angepasst. Die Gemeinschaftsbestimmungen über staatliche Beihilfen finden auch auf die aus den Strukturfonds finanzierten Maßnahmen Anwendung. Neben dem Beihilfenrecht kommt der Einhaltung der Bestimmungen des gemeinschaftlichen Vergabe- und Umweltrechts für die Praxis die größte Bedeutung zu.

Die Mitgliedstaaten sind für die Umsetzung der Programme zuständig. Sie wählen die konkret zu fördernden Projekte selbst aus und überwachen, ob diese wie im Programm vorgesehen und unter Beachtung des Gemeinschaftsrechts durchgeführt werden. Sie haben auch zu überprüfen, ob die mit den Programmen angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden. Die Zahlungen aus den Strukturfonds erfolgen an die Mitgliedstaaten, die in ihrem Zahlungsantrag nachweisen müssen, dass sie alle Verpflichtungen bei der Programmverwaltung eingehalten haben. Um einer missbräuchlichen Verwendung der Gemeinschaftsmittel vorzubeugen, werden grundsätzlich nur Ausgaben erstattet, die bereits tatsächlich geleistet wurden. Die Mitgliedstaaten

zahlen die Hilfen der Strukturfonds schließlich zusammen mit ihrem eigenen Finanzierungsanteil an den Träger des geförderten Projekts aus.

Die Kommission kontrolliert dagegen nur, ob der Mitgliedstaat diesen Verpflichtungen nachgekommen ist. Ist dies nicht der Fall, so kann sie die Zahlungen aus den Strukturfonds für die betroffenen Programme zunächst aussetzen und unter bestimmten Voraussetzungen auch kürzen oder streichen. Programme, die ihre Ziele erreichen, erhalten in begrenztem Umfang zusätzliche Mittel.

Insgesamt ist festzustellen, dass aufgrund dieser dezentralen Verwal-

tungsstrukturen Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit der Strukturfondsförderung im laufenden Förderzeitraum im Wesentlichen von den Mitgliedstaaten abhängig sind.

Eine weitere Reform der Strukturfonds ist notwendig, da sich die Zahl benachteiligter Regionen mit der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union dramatisch erhöhen wird. Die Förderung der Strukturfonds wird sich dann angesichts der knappen Mittel vor allem auf die Beitrittsstaaten konzentrieren müssen, obwohl zum Zeitpunkt der ersten Beitritte der Aufholprozess der ärmsten Regionen der aktuellen Union der 15 noch nicht abge-

schlossen sein wird. Die wenig befriedigende Neuregelung des Rechtsetzungsverfahrens für die Strukturfonds im Vertrag von Nizza und die derzeitige Diskussion um die Zukunft der Strukturfonds zeigen, wie schwierig es sein wird, in diesen Fragen eine für alle Seiten tragfähige Lösung zu finden.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, Assessor Holger Holzwart

Sektion II: Verwaltung in der Mehrebenenpolitik

Laufzeit: 1.6.2000 bis 31.5.2002

Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen Forschungsreferent Dr. Beck habilitiert

Am 14.5.2001 habilitierte sich Forschungsreferent Dr. Dieter Beck vom Lehrstuhl für Empirische Sozialwissenschaften (Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch) an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer für das Fach Psychologie. Die Habilitationsschrift „Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang“ integriert Forschungsarbeiten, die Anfang der Neunziger Jahre im Sonderforschungsbereich 221 „Verwaltung im Wandel“ an der Universität Konstanz begonnen und dann am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung und an der DHV Speyer weiter verfolgt wurden.

Die Schrift befasst sich aus sozialwissenschaftlicher Sicht mit Prozessen der kollektiven Entscheidungsfindung bei schwierigen Entscheidungslagen. Diese können in der Regel nur durch die Zusammenarbeit von Experten verschiedener Organisationseinheiten oder Organisationen angegangen werden. Dabei finden Beratungen und Entscheidungen in Organisationen von Verwaltung, Regierung und Wirtschaft häufig in aufgabenorientierten Kleingruppen wie Gremien, Arbeits- und Projektgruppen statt. Im Mittelpunkt der Schrift stehen folgende Leitfragen:

Wie lassen sich solche kollektiven Entscheidungsprozesse gestalten, damit qualitativ hochwertige Entscheidungen getroffen werden, die von den Beteiligten auch akzeptiert werden können?

Welches sind förderliche und hinderliche Kräfte, die in dem sozialen Interaktionsfeld bei der Entscheidungsfindung wirksam werden?

Am Beispiel schwieriger rechtlicher und politisch-administra-

tiver Entscheidungsprozesse werden mit Hilfe moderner interaktionsdiagnostischer Verfahren kritische Einflussfaktoren bei der kollektiven Entscheidungsfindung aufgedeckt und Hinweise für eine konstruktive Gestaltung des sozialen Interaktionsprozesses gegeben.



Dr. Dieter Beck

Foto: Privat

Die Habilitationsschrift liegt seit Mitte Juli auch als Buch vor:

Dieter Beck (2001). Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

308 Seiten, 62,- DM

ISBN: 3-531-13664-X

Aus dem Inhalt: Auf der Suche nach Regelmäßigkeiten bei der kollektiven Entscheidungsfindung. Entscheidungsfindung in komplexen Entscheidungslagen: Theoretische Zugänge und Stand der Forschung. Perspektiven und Methoden zur Analyse der Prozesse sozialer Interaktionen bei der Entscheidungsfindung. Prozessanalysen innerbehördlicher Entscheidungsprozesse und vergleichende Analyse des Verhaltens der Akteurguppen in schwierigen politisch-administrativen Entscheidungsprozessen in zwei unterschiedlich kontrovers verlaufenen Erörterungsterminen. Entscheidungsfindung als soziale Interaktion - Zusammenschau der Ergebnisse und Fazit.

Verselbstständigung von Verwaltungsorganisationen als Modernisierungsstrategie?

Einer der Eckpfeiler des New Public Management ist die rechtliche und wirtschaftliche Verselbstständigung von Verwaltungsorganisationen. Mit einer derartigen Vorgehensweise zur Verwaltungsmodernisierung, die in Deutschland vor allem auf kommunaler Ebene und in jüngster Zeit verstärkt auf Landesebene erfolgt, sind insbesondere Hoffnungen auf Effizienzgewinne verknüpft. Die Bandbreite der Verselbstständigungen umfasst dabei öffentlich-rechtliche wie privatrechtliche Organisationsformen und eine Aufgabenbandbreite von Krankenhausleistungen über Hochschulausbildung bis hin zum Unterhalt von Liegenschaften.

Die Verselbstständigung führt zu einer modularisierten Verwaltung mit einer Vielzahl von eigenverantwortlichen, dezentralen Organisationseinheiten in staatlichem Eigentum, die Bürgernähe, Anpassungsfähigkeit und nicht zuletzt die Effizienz der öffentlichen Hand steigern sollen. Das Projekt hinterfragt diese Erwartungshaltung und unterzieht die Verselbstständigung als Modernisierungsstrategie einer kritischen Würdigung vor dem Hintergrund der institutionenökonomi-

schen Theorien. Diese bieten sich an, da zum einen NPM sich selbst auf diese Theorien rekurriert, zum anderen so der Einbezug von Kosten möglich wird, die durch die Wahl der institutionellen Lösung der Aufgabenwahrnehmung jenseits der Produktionskosten anfallen.

Um zu klären, ob und in welcher Höhe tatsächlich Effizienzgewinne zu erwarten sind, werden zunächst aus der Institutionenökonomik allgemeine Gestaltungsempfehlungen für eine Verselbstständigung abgeleitet. Im Anschluss daran werden diese Empfehlungen u.a. in den Bereichen der Personalpolitik, Finanzierung und parlamentarischen Kontrolle zur Identifikation von Kostenveränderungen im Vergleich von Verwaltung und verselbstständigter Organisation herangezogen.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder, Dipl.-Volkswirt Ulrich Albertshäuser

Sektion I: Modernisierung in Staat und Verwaltung
Laufzeit: 1.2.1999 - 30.4.1999; 1.8.1999 - 31.10.2001

Korruption in vergleichender Perspektive

Tagung der internationalen Arbeitsgruppe Verwaltungsgeschichte beim FÖV

Beim International Institute for Administrative Sciences (IIAS) in Brüssel besteht seit mehr als einem Jahrzehnt eine Arbeitsgruppe, die sich in breiter vergleichender Perspektive mit Kernfragen der Verwaltungsgeschichte beschäftigt. Auf Einladung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer und organisiert von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch hielt dieser internationale Kreis von Verwaltungshistorikern sein diesjähriges Treffen am 19.05.2001 in Speyer ab. Auch der neue Generaldirektor des IIAS, Michael Duggett, war anwesend; er hob hervor, dass die veraltungsgeschichtliche Arbeitsgruppe eine der langlebigsten und aktivsten im Rahmen des IIAS sei.

Die Teilnehmer kamen u.a. aus Australien, Deutschland, Belgien, Finnland, Griechenland, Italien und den USA. Unter dem Vorsitz des Verwaltungshistorikers Fabio Rugge von der Universität Pavia/Italien wurde die gemeinsame Ar-

beit an dem Thema „Schlechte / korrupte Verwaltung und ihre Kontrolle“ fortgesetzt, die im Jahre 2000 in Leiden/Niederlande begonnen wurde. Dazu wurden Länderberichte zu Australien, Belgien, Kanada, Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, den Niederlanden und den USA vorgelegt und eingehend diskutiert. Die methodische Spannweite reichte dabei von der Anwendung engerer juristischer Definitionen, die Korruption in Form der Bestechung als klaren Verstoß gegen Amtsregeln sanktionieren, bis zu ‚weicheren‘ und damit weiter gefassten Abgrenzungen, die alle Arten ‚schlechter‘, d.h. bewusst von den politischen Zielsetzungen abweichender oder das Recht in eine politische Richtung beugender Verwaltung umfassen: „The closer you come to the core of Western culture, to leading Western democracies, the more complicated phenomena of corruption you will meet“, fasste der Finne Seppo

Tiihonen von der Weltbank in Washington diesen Befund zusammen. Fokus und Intensität der Kontrolle von Verwaltungshandeln sagen demzufolge viel aus über Stabilität oder Krisenhaftigkeit einer Verwaltung und eines politischen Systems. Aus dieser breiteren, auch sozialwissenschaftliche Aspekte des politischen Systems und der Organisationssoziologie einbeziehenden Sicht auf vergangene Verwaltungen wurde im Laufe der Diskussionen deutlich, dass die gegenwärtige Debatte um „codes of conduct“ ein seit langem bestehendes strukturelles Problem öffentlicher Verwaltungen aufgreift und fruchtbar anzugehen verspricht, das bislang wohl zu eng gesehen wurde.

Die Studien der Arbeitsgruppe werden fortgesetzt und nach einem nächsten Treffen im Jahre 2002 durch das IIAS veröffentlicht werden.

Prozessgrundrechte im europäischen Vergleich

Durch die anstehende Erweiterung der EU wird die Heterogenität innerhalb der Gemeinschaft weiter zunehmen. Um so bedeutsamer wird damit die Suche nach gemeinsamen Grundlagen. Unterschiedliche Grundrechtssysteme werden mit der fortschreitenden Konstitutionalisierung der Gemeinschaft konfrontiert. Gleichzeitig findet ein Prozess der wechselseitigen Beeinflussung statt, aus dem sich vielfältige Probleme ergeben. Da der EuGH für die Ermittlung des Grundrechtsstandards in der Gemeinschaft von den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ausgeht und es bisher an einem verbindlichen Verfassungstext mangelt, wird der Vergleich zwischen den Grundrechtsordnungen verschiedener Staaten immer wichtiger.

Das Projekt nimmt einen solchen Vergleich anhand der Prozessgrundrechte in Deutschland, England und Frankreich vor. Dabei werden die Grundrechte in Inhalt, Umfang, Funktion und Wirkung analysiert und eine Be-

standsaufnahme der Verfassungswirklichkeit in ihrer Ausformung durch Rechtsprechung und Wissenschaft erstellt. Da die ausgewählten Rechtsordnungen von unterschiedlichen Rechtstraditionen geprägt sind, ist das historische Vorverständnis der zu untersuchenden Rechte Bedingung, um sowohl die Unterschiedlichkeit der Systeme als auch die heutige Relevanz der Rechte erfassen zu können. Einen Vergleich begünstigt die seit Jahrzehnten stattfindende Überformung durch das europäische Recht sowie die Ratifizierung der EMRK durch diese Staaten.

Projekt: Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, Assessorin Silke Löhr, Mag. rer. publ.

Sektion III: Verwaltung zwischen Staat und Gesellschaft
Laufzeit: 1.4.2001 - 31.3.2003

Publikationen

Speyerer Forschungsberichte:

Nr. 221 Jan **Ziekow**/Thorsten **Siegel**, Gesetzliche Regelungen der Verfahrenskooperation von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange - Empirische Untersuchungen mit rechtlichen Einführungen -, Juni 2001.

Nr. 222 Angelika **Benz**/Natascha **Füchtner** (Hrsg.), Einheit und Vielfalt - Verwaltung im Wandel, Mai 2001.

Selbstständige Verlagspublikationen:

167. Klaus **König**/Heinrich **Siedentopf** (Eds.), Public Administration in Germany, Baden-Baden 2001.
168. Wolfram **Moersch**, Leistungsfähigkeit und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips: Eine rechtsdogmatische und rechtspolitische Studie, Schriften zum Europäischen Recht, Bd. 73, Berlin 2001.
169. Karl-Peter **Sommerrmann** (Hrsg.), Gremienwesen und staatliche Gemeinwohlverantwortung, Beiträge zu einem Forschungssymposium des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung am 27. und 28. April 2000 in Speyer, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 145, Berlin 2001.
170. Thorsten **Siegel**, Die Verfahrensbeteiligung von Behörden und anderen Trägern öffentlicher Belange. Eine Analyse der rechtlichen Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung der Beschleunigungsgesetzgebung, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 146, Berlin 2001.
171. Dieter **Beck**, Sozialpsychologie kollektiver Entscheidungen. Ein interaktionsanalytischer Zugang, Wiesbaden 2001.
172. Carl **Böhret**/Götz **Konzendorf**, Handbuch Gesetzesfolgenabschätzung (GFA). Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Baden-Baden 2001.

Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung

Aufbau der Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement am FÖV

Die deutschen Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) und außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen ihre Innovationsfähigkeit und damit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern. Dies spricht angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Forschungslandschaft (Ressourcenknappheit, steigender Konkurrenz- und Veränderungsdruck, Globalisierung) eine der Kernfragen ihrer zukünftigen nationalen und internationalen Positionierung an. Aber: Viele Fragen des Wissenschaftsmanagements, insbesondere der wissenschaftsadäquaten Rahmenbedingungen innovativer Forschung, sind weiter offen.

Hier setzt die Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement ihre Ziele: Durch die Vermittlung von umsetzbaren Forschungsergebnissen will sie zur weiteren Optimierung der Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Einrichtungen beitragen. Für Anwendungserfahrungen im Wissenschaftsmanagement will sie als Ansprechpartnerin und Austauschbörse fungieren. Sie will bundesweite Plattform für das Wissenschaftsmanagement werden und dabei in- und ausländischen Sachverstand einbinden.

Die Gemeinschaftsstelle wird sechs generelle Aufgaben im Bereich des Wissenschaftsmanagements erfüllen:

1. Ausbildung,
2. Fortbildung in ausgewählten Themen,
3. Durchführung anwendungsbezogener Forschungsvorhaben,
4. Publikation von Forschungsergebnissen, Dokumentation, Wissenstransfer und Beratung,
5. Aufbau und Pflege von Netzwerken,
6. Durchführung von mehreren Werkstattgesprächen und von Tagungen.

Der erste Anstoß zur Gründung einer Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement am FÖV entstand Ende 1999 aus einer Initiative der deutschen Universitätskanzler. Ihr Ziel war es, eine bisher punktuelle Zusammenarbeit mit dem FÖV auf eine breitere Basis zu stellen und dauerhaft zu institutionalisieren. In Gesprächen mit der Institutsleitung des FÖV erfolgte die schrittweise Konkretisierung dieser Überlegungen, in die zu einem frühen Zeitpunkt auch die außeruniversitäre Forschung einbezogen wurde. Partner der Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement sind - neben den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen - Wissenschaftsförderorganisationen sowie Wissenschaftsmanager und Forscher in öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen.

Im Sommersemester 2001 wurden die Bemühungen zur Einrichtung der Gemeinschaftsstelle weiter forciert.

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen koordinieren gemeinsam den Aufbauprozess. Außerdem ist seit 1. Mai eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, Dipl.-Soz. Brigitte Jahn-Zimmermann, am FÖV tätig, die sich der Etablierung der Gemeinschaftsstelle widmet. Sie führten gemeinsam mit dem jeweiligen Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (Direktor bis zum 12.8.01) und Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow (Direktor ab dem 13.8.01) eine Reihe von Gesprächen mit hochrangigen Vertretern von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsförderorganisationen. Unterstützt wurden sie dabei ferner von Prof. Dr. Hellmut Wagner, Honorarprofessor an der DHV und Stellvertretender Vorsitzender a.D. des Vorstandes des Forschungszentrums Karlsruhe, der die Scharnierfunktion zwischen der Gemeinschaftsstelle und der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) wahrnimmt. Im Verlauf der Gespräche wurden unter anderem der Zuschnitt des Aufgabenspektrums der Gemeinschaftsstelle sowie Grundzüge der Finanzierungsmodalitäten und der Organisationsform mit den Partnern abgestimmt. Daneben leistete die Gemeinschaftsstelle umfangreiche konzeptionelle und strukturelle Vorarbeiten in ihren zukünftigen Aufgabenfeldern.

Die Frage der Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen untersuchte auch eine internationale Forscherkonferenz, die am 3./4. Mai 2001 in Speyer stattfand (s. Extra-Bericht). Im Rahmen der Konferenz entstand ein interdisziplinäres Forschernetzwerk, das die „Institutionellen Rahmenbedingungen innovativer Forschung“ untersuchen wird. Damit etablierte sich das erste mit der Gemeinschaftsstelle verbundene Forschungsvorhaben. Im Forschernetzwerk erfolgt zur Zeit die Antragsformulierung, die mit einem Workshop am 8./9. November 2001 abgeschlossen werden wird. Es wird angestrebt, dass die Gemeinschaftsstelle für Wissenschaftsmanagement zum 1. Januar 2002 ihre Arbeit aufnehmen kann.

Aufbau der Gemeinschaftsstelle:

Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen, Dipl.-Soz. Brigitte Jahn-Zimmermann

Kontakt: jahn-zimmermann@dhv-speyer.de

Russische Reformpolitik auf dem Prüfstand

Internationale Arbeitstagung über „Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“

Hochkarätige Diskussion auf der Arbeitstagung „Reformen in Russland und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ Foto: DHV

Mit dem Amtsantritt des russischen Präsidenten Putin zu Beginn des vergangenen Jahres hat die russische Reformpolitik neuen Auftrieb erhalten. Die Umsetzung der Reformen in Wirtschaft und Verwaltung sowie deren Auswirkungen auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen werden allerdings kontrovers beurteilt. Deshalb befasst sich seit Dezember 2000 ein Forschungsprojekt am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) mit diesem Thema. Schließlich können von Reformfortschritten und einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland langfristig beide Länder profitieren.

Vom 5. bis 7. September fand zu diesem Thema in den Räumen der Hochschule eine internationale Arbeitstagung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag statt. Die Tagung richtete sich sowohl an Wissenschaftler und Mitarbeiter aus Politik und Verwaltung als auch an Unternehmensvertreter. Ziel der Tagung war die Einschätzung der russischen Reformpolitik und die Bewertung der Perspektiven deutsch-russischer Wirtschaftsbeziehungen.

Insgesamt konnte das Forschungsinstitut 117 Tagungsteilnehmer begrüßen. Unter den insgesamt 27 Referenten waren auch Professoren aus Russland sowie Manager deutscher Unternehmen mit Russlanderfahrung. Die Verbindung von Wissenschaft und Unternehmenserfahrungen war erforderlich, um die

Themenstellung angemessen diskutieren zu können. Dieses Konzept fand seinen Niederschlag auch in der Beteiligung weiterer Kooperationspartner bei der Tagungsdurchführung. Dabei handelte es sich um die Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation (Moskau), mit der das FÖV bereits 1996 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen hat. Weitere Kooperationspartner waren die Universität für Wirtschaft und Finanzen St. Petersburg, die Universität Woronesh sowie die Societät Ernst & Young Ltd., Moskau.

Nach der Tagungseröffnung durch den Direktor des Forschungsinstituts, Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, begrüßte der Gesandte der Botschaft der Russischen Föderation (RF), Wladimir P. Matwejew, im Auftrag des Ministers für Wirtschaftsentwicklung und Handel der RF die Tagungsteilnehmer. Norbert Peifer, Leitender Ministerialrat im Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, begrüßte die Tagungsteilnehmer im Namen der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Der erste Tag der Veranstaltung lieferte einen Überblick über Stand und Perspektiven der russischen Reformpolitik. Dabei wurden sowohl rechtliche, verwaltungswissenschaftliche und makroökonomische Aspekte des Themas beleuchtet.

Am zweiten Veranstaltungstag dominierten die praxisrelevanten Aspekte der russischen Reformpolitik und die konkrete Ausgestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Zusammenhang wurden das gerin-

ge Niveau ausländischer Direktinvestitionen in Russland sowie die einseitige Exportstruktur Russlands erörtert. Unter den Investitions- und Produktionsbedingungen am Standort Russland wurden die Reform der Einkommenssteuer, der Eigentümerverschmelzung an Grund und Boden sowie die Rechtssicherheit diskutiert. Ein Informationsforum über Chancen deutscher Unternehmen im Russlandgeschäft sowie eine Kontaktbörse rundeten den zweiten Veranstaltungstag ab. Zum Abschluss der Arbeitstagung befasste sich der dritte Veranstaltungstag mit der Finanzierung von Reformen und Projekten in Russland. Die Themen reichten von Hermes-Bürgschaften über die Rolle der Banken bis zu Fragen des Immobilienmarktes in Moskau.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Darstellung des Standortes Russland in den Medien - bei allen bestehenden Standortproblemen - zu negativ ausfällt. Dies zeigte sich während der Arbeitstagung an den Erfahrungsberichten deutscher Unternehmen, die bereits im Russlandgeschäft tätig sind. Über den Fortgang der Reformen und die Perspektiven der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen besteht weiterer Forschungsbedarf, für den die Zusammenarbeit mit verschiedenen russischen Forschungseinrichtungen vertieft werden soll.

Bis Ende des Jahres ist die Veröffentlichung eines Tagungsbandes geplant.

